

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

Die Staatsgewalt geht von den Heimwehren aus

Oesterreich völlig faschisiert

Sozialdemokratischer Parteivorstand mahnt zur Ruhe

Brünings Rettungsgürtel für Deutschland



Dieses unwillkürlich an einen Rettungsgürtel erinnernde Geldstück wird uns zugleich mit der vierten Notverordnung beschert. Wer bisher einen Fünfer bekam, erhält in Zukunft nur noch einen Vierer. So wird Deutschland gerettet.

Unersättliche Vampyre

Ein Herzog fordert Geld von den Aermsten

Jena, 18. Dezember.

Vor dem Oberlandesgericht in Jena begann am Freitag der Prozeß des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg gegen das Land Thüringen. Vom Herzog wird der Auseinandersetzungsvertrag, der seinerzeit zwischen ihm und der altenburgischen Regierung, die sich auf eine Linksmehrheit stützte, als rechtsungültig angefochten, da der Vertrag angeblich unter Zwang zustande gekommen sei und deshalb gegen die guten Sitten verstoße. Der Herzog hatte etwa 10 Millionen Mark Abfindung erhalten, die er jedoch bereits restlos durchgebracht hat. Nun will er noch mehr als die 10 Millionen, während die thüringischen Proleten nicht wissen, wie sie ihre Kinder vor dem Verhungern schützen sollen. Das verstößt nach nationaler Fürstenmeinung nicht gegen die guten Sitten.

Gehaltskürzung im Ruhrbergbau

Essen, 19. Dezember.

Die Tarifgehaltsätze für die kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaus sind von dem Schlichter um 10 Prozent ab 1. Januar gekürzt worden.

Mussolini sucht neue Lakaien

Er will sein Kabinett umbilden

Rom, 19. Dezember.

Es wird versichert, daß Mussolini eine Rekonstruktion seines Kabinetts durchzuführen beabsichtigt, um durch Personaländerungen die Regierung mit den in der vorigen Woche in der Leitung der faschistischen Partei vorgenommenen Änderungen in Einklang zu bringen. Es wird behauptet, daß im ganzen der Wechsel von 12 Ministern erfolgen wird. Im neuen Kabinett würden nur Außenminister Grandi, Minister für Flugwesen Balbo und Verkehrsminister Ciano verbleiben.

Der „rote Hahn“ im Gerichtssaal

Wien, 19. Dezember.

Der Freispruch des Putschisten Pfrimer zeigt wie ein Pegel den Hochstand der faschistischen Flut in Oesterreich an. Putsche von rechts sind straflos, die Staatsgewalt geht von den Heimwehren aus. Selbst wenn die Geschworenen nicht vorher schon mit dem Heimwehrgesindel gemeinsame Sache gemacht hätten, so hatte die Verteidigung so gewichtige „Argumente“, daß dagegen alle juristischen Fragen in den Hintergrund treten mußten. Denn als der Staatsanwalt — übrigens mutig genug — nach den Erklärungen der Verteidiger warnend sagte, ein Freispruch würde zur Folge haben, daß nun alle vierzehn Tage ein Putsch fällig würde, schrie einer der Verteidiger in höchster Erregung:

„Wenn die Geschworenen wünschen, daß ihnen der rote Hahn aufs Dach gesetzt wird...“

Er konnte nicht weiter sprechen, so raste der Beifallssturm durch den Sitzungssaal des Gerichts. Der Saal wurde zwar durch die Justizwache geräumt, aber der Verteidiger erhielt nicht einmal eine Rüge. So siehts jetzt in Oesterreich aus. (Wirts bei uns anders sein? Red.)

Triumph der Putschisten

Graz, 18. Dezember

Da das erwartete Versammlungsverbot Freitag doch noch nicht in Kraft gesetzt worden war (Zufall oder Absicht? Red.), konnte

in der Industriehalle, dem größten Versammlungsort der Stadt, eine Massenversammlung der Heimwehren stattfinden. Als sämtliche im Prozeß Freigesprochenen in der Halle erschienen, wurden sie mit tosendem Beifall begrüßt. U. a. sprachen Dr. Pfrimer und Bundesführer Fürst Starhemberg, der Pfrimer als den Vater der Bewegung feierte.

Aufruf der Sozialdemokratie

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat nach Bekanntwerden des freisprechenden Urteils im Grazer Heimwehr-Prozeß einen Aufruf an die Arbeiter gerichtet, in dem es heißt:

„Darauf, daß die Staatsgewalt die Republik verteidigen wird, können wir uns nicht mehr verlassen, wir werden unsere Freiheit das nächste Mal selbst verteidigen. Die Vorbereitung unserer Abwehr schleunigst zu vollenden, muß die Antwort auf das Grazer Urteil und die Schüsse von Voitsberg sein.“ Der Aufruf spricht dann von neuen Putschvorbereitungen und schließt:

„Wenn sie uns entrechten und versklaven wollen, dann werden wir uns wehren. Dann wird das wahre Volksgericht über die Faschisten tagen, dann kommt die Stunde der Sühne für alles vergossene Arbeiterblut. Darum: Keine Unbesonnenheiten, keine Wutausbrüche, keine nutzlosen Demonstrationen an diesen Tagen. Wir werden unsere Kräfte nicht vergeuden, wir werden sie zusammenhalten für die entscheidende Stunde.“

Die Stunde des Proletariats

† Berlin, 19. Dezember.

Eine Operette wird zur Tragödie. Das ist der Sinn des Freispruchs im Pfrimer-Prozeß. Welch ein Putsch! Der eine schlägt los, der Rivale fällt ihm in den Rücken, die Staatsgewalt verhandelt mit den Verbrechern, läßt sie abziehen mit samt ihren Maschinengewehren und steht dann vor Gericht mit treudeutschem Augenaufschlag, erstaunt, daß überhaupt „wegen sowas“ verhandelt wird — es ist ja nix geschehn. Der Landeshauptmann Rintelen ist in seiner Amtsführung nicht behindert worden, obwohl die Staatsgebäude viele Stunden besetzt waren. Rintelen hat dabei nichts gefunden, und das Land hat von dieser regierungslosen Zeit nichts gemerkt. Nein, es ist nicht viel passiert, nur ein paar Arbeiter sind niedergeknallt worden, aber davon gibt's ja genug, die zählen heute nicht.

Das Gericht, das über die Staatsverbrecher abgehalten wurde, es war von Anfang an eine Farce. Der Pfrimer hat's gewußt, ihm war sicher bescheinigt worden: kehre zurück, es ist alles vergeben! Wieso denn auch nicht? Die Behörden haben ja mitgespielt, und daß es diesmal nicht geglückt ist, daran trägt die „Staatsgewalt“ nicht die Schuld, das ist vielmehr das Verdienst des Starhemberg, der seinen eigenen Putsch haben will. Der Pfrimer hat nachgegeben, das Hahnenschwanzgesindel hat sich geeinigt, Starhemberg darf führen, und das nächstmal wird's glücken. Es wird glücken, weil die österreichische Regierung mitmacht, weil sie

Vor dem Erlaß der preußischen Notverordnung

Doch Margarinesteuer?

Fleischverteuerung vorläufig „aufgegeben“ — Kulturabbau auf der ganzen Linie

Berlin, 19. Dezember.

Herr Otto Klepper, Gunstkind des preussischen Ministerpräsidenten, Miterfinder der Tolerierungspolitik, vordem aber Mitstreiter Kapps und Lüttwitzens, und nach so vielfachen Verdiensten verständlicherweise der Mann der Vorsehung für das preussische Finanzministerium, hat die erste gefährdende Klippe siegreich umschiff. Das von den Deutschnationalen im Landtag eingebrachte Mißtrauensvotum gegen ihn wurde am Donnerstag abgelehnt.

Die zweite Klippe in Kleppers Fahrlinie war sein Projekt, das Defizit im preussischen Staatshaushalt unter anderem durch die Einführung einer Schlachtsteuer zu decken, mit der dann aber die Einführung eines mit der Bestimmung des 84. Verfassungsartikels unvereinbaren innerdeutschen Einfuhrzolls auf Schlachtfleisch untrennbar verknüpft sein mußte.

Dieses Projekt hat die von Klepper nicht vorausgerechnete überraschende und vorzeitige Veröffentlichung durch die Presse der Sozialistischen Arbeiterpartei zunichte gemacht. Bei den Parteien des Landtages wurde durch diese Veröffentlichung ein erbitterter Widerstand geweckt, und als sich der Finanzminister darauf verbiß, seine Vorlage, wenn

schon ihre Durchbringung im Landtagsplenum verhindert werden sollte, doch noch im Wege der Notverordnung zu dekretieren, da wurde eine Intervention beim preussischen Ministerpräsidenten auch dieses Vorhaben erschüttert.

Herr Klepper erklärte nunmehr, daß er auf die Vorlage „verzichten“ werde („Verzicht“ bedeutet in diesem Fall bloß die Vertagung auf einen späteren, besser geeigneten Zeitpunkt) und daß er nach anderen Besteuerungsmöglichkeiten suchen wolle. Eines dieser Projekte konnte die „SAZ“ vor etwa Wochenfrist ebenfalls schon näher bezeichnen, während bürgerliche Blätter noch am heutigen Sonnabend nur zu melden wußten, daß der Finanzminister nach dem Scheitern seiner Fleischverteuerungspläne jetzt ein anderes „Nahrungsmittel, bei dessen Herstellung ein ausländischer Rohstoff eine Rolle spielt“, ins Auge gefaßt habe. Es ist die

Besteuerung des neuerdings recht vermehrt Margarine-Konsums, die Klepper auf dem Notverordnungswege durchführen will.

Die preussische Notverordnung wird auch sonst noch überraschende Projekte realisieren. Der preussische Innenminister wird die Ermächtigung erhalten, nach eigenem Ermessen

eine Anzahl der preussischen Landkreise zusammenzulegen; für den Justizminister ist eine gleiche Ermächtigung bezüglich der Amtsgerichte vorgesehen. Der Landwirtschaftsminister wird einen erheblichen Abbau von Forschungsinstituten und Gestüten durchführen können, und ähnliche Ermächtigungen wird auch der Volkswohlfahrtsminister erhalten.

Die Notverordnung wird ferner die Schließung der Staatstheater in Kassel und in Wiesbaden, sowie die Schließung des Berliner Schillertheaters dekretieren. Die ursprüngliche Absicht, die Altersgrenze der Beamten herabzusetzen, ist fallengelassen worden. Statt dessen wird bestimmt, daß fortan jeder Beamte bereits mit dem vollendeten 60. Lebensjahre das Recht zur Pensionierung erlangt.

Ob der ursprünglich gehegte Gedanke, auch eine Universität — die in Greifswald — zu schließen, durch die preussische Notverordnung zur Tatsache werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Die preussische Notverordnung soll am Montagabend der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Die Behörden bewahren zur Zeit noch strenges Stillschweigen über ihren Inhalt. Deshalb erfährt man auch so viel darüber.

gar nicht die Absicht hat, diesen Faschisten entgegenzutreten.

An der „Demokratie“ oder was man so nennt, an der republikanischen Staatsform, an dieser leeren Hülle, ist heute nur noch interessiert die österreichische Arbeiterschaft. Die ist stark im roten Wien, schwach ist sie auf dem Land. Zur Ruhe mahnt der Parteivorstand, weil er weiß, daß die Machtverhältnisse in Wien nicht von Dauer sein kann, wenn die Heimwehrbauern diesen Wasserkopf ausheben. Die ökonomische Basis der österreichischen Sozialdemokratie ist zu schmal, ist zu einseitig, als daß sie ihr überragende Machtposition geben könnte. Schlimmer aber ist — und das charakterisiert den Aufruf —, daß sie nicht unbeeinflusst geblieben ist von der Politik der reichsdeutschen Sozialdemokratie. Deren „Staatspolitik“, deren Rückwärtskonzentrierung von einer „Machtposition“ zur anderen hat ihr die Kraft genommen, nach jenem blutigen 15. Juli des Jahres 1927 den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Sie hat den begonnenen abgeblasen und seit jenem Tag ist ihr Prestige unheilvoll geschwächt. Und zugleich ist den Hahnenschwänzern der Kamm geschwollen, hat die Regierung, deren „Groener“ Vaughn heißt, den offenen Kurs zum Faschismus genommen. Es rächt sich hier nicht nur die Schwäche der österreichischen Sozialdemokratie, es rächt sich, daß sie die klassenverneinende Haltung der reichsdeutschen Bruderpartei, wenn auch hier und da kritisiert, im Grunde aber „versteht“, verzieht und verteidigt hat. Es rächt sich, daß sie nie den ernsthaften Versuch gemacht hat, den deutschen Zweig der Internationale zur Abkehr von dieser „Staatspolitik“ zu bewegen. So ist nicht nur Hitler groß geworden, so konnte sich die österreichische Abart des Schwadroniers emporranken an dem Prestige des reichsdeutschen Hakenkreuzertums. So droht die Operette zur Tragödie zu werden.

Der Schlüssel zur Lage, zur Bannung der ungeheuren Gefahr liegt nicht in Oesterreich, er liegt beim reichsdeutschen Proletariat. Kämpft es Hitler nieder, so hat es auch die Starhemberg und Pfirmer niederkämpft. Aber wie die Hahnenschwänzer, so lebt der Anstreichergeselle aus Braunau politisch zu einem Teil von der Katastrophopolitik der deutschen Sozialdemokratie, zum größeren (was aber auch nur eine Wirkung des jahrzehntelangen Versagens ihrer Führerschaft ist) von der Duldung der Reichsregierung, von dem Zusammenspiel mit „republikanischen“ Behörden.

Und daraus muß das deutsche Proletariat den Schluß ziehen. „Darauf, daß die Staatsgewalt die Republik verteidigen wird“, kann es sich in Deutschland so wenig verlassen, wie es das Proletariat in Oesterreich kann. Die preußische Polizei und ihre Zuverlässigkeit — nun, der Genosse Severing hat vor kurzem die Quittung erhalten. Herr Brüning? Der „Vorwärts“ mag ihn für den Garant der Republik und Demokratie halten, der französische „Populaire“ sieht die Dinge, wie wir zeigen konnten, richtiger, sieht sie, wie sie sind. Wir brauchen nicht nach Oesterreich zu schauen, wir haben auch in Deutschland unser „Voitsberg“, wir haben auch in Deutschland unsere „Grazer“ Gerichte. Aber das Abenteuer in Oesterreich zeigt uns die Zusammenhänge, zeigt uns aus der Ferne vielleicht noch deutlicher die Entwicklung und das Ende.

Das Ende, wenn das deutsche Proletariat nicht begriff, daß die Stunde da ist, wo es sich zusammenschließen muß als einheitliche Klasse, kampfbereit und entschlossen dem gemeinsamen Feind, den faschistischen Mordhänden und allen ihren Hintermännern Halt zu gebieten. Zeigt uns das Ende, wenn das deutsche Proletariat sich nicht darauf besinnt, daß ihm noch Machtmittel zur Verfügung stehen, die es ausnutzen kann, wenn es in breiter Front über ganz Deutschland sie in Besitz nimmt. Was ist die größte Gefahr? Daß die deutsche Arbeiterschaft durch eine Notverordnung nach der anderen langsam noch mehr als bisher an den faschistischen Druck gewöhnt wird, so gewöhnt wird, daß es die Stunde der Entscheidung, die nicht durch einen Futsch eingeleitet werden muß, erkennt und verpaßt, daß es eines bösen Morgens unter dem „legalen“ Vollfaschismus aufwacht, und daß es dann ratlos, von einander getrennt, ohne Plan und Führung dasteht als wehrlose Beute des ausbeuterischen Kapitals und der langen Messer seiner Söldner und Landsknechte.

Wird die deutsche Arbeiterschaft, werden vor allen Dingen die sozialdemokratischen Genossen begriffen, daß die letzte Hoffnung nur gesetzt werden darf auf die eigene Kraft des deutschen Proletariats, daß es die Ketten nur selbst zerreißen kann, daß niemand ihm dabei hilft, daß es aber auch in Wahrheit nichts zu verlieren hat als die Ketten, die es bindet? Das ist die Schicksalsfrage, die zu erkennen, uns die Gerichtsfrage in Oesterreich mahnt.

Marschler zurückgetreten

Weimar, 19. Dezember.

Im thüringischen Landtag kam es Anfang Dezember zu heftigen Zusammenstößen, die dazu führten, daß zwei nationalsozialistische Abgeordnete auf fünf Tage ausgeschlossen wurden. Der Nationalsozialist Marschler, der Vizepräsident des Landtags, ist jetzt deswegen von seinem Amt zurückgetreten.

Verschärfte Pressezensur

Groener verbietet aufregende Meldungen / Aufregende Politik geht weiter

Berlin, 19. Dezember 1931

Der Innenminister Groener hat den obersten Reichs- und Landesbehörden Richtlinien für die Handhabung der am 28. März und am 10. August erlassenen Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen, die sich keineswegs gegen politische Ausschreitungen richten, sondern mit den kümmerlichen Resten der Pressefreiheit endgültig aufräumen.

„Vor dem Erlaß jedes Verbots einer periodischen Druckschrift ist nicht nur zu prüfen, ob das Verbot auf Grund der Bestimmungen der Notverordnungen rechtlich zulässig ist, sondern es ist in jedem Einzelfalle auch zu erwägen, ob das Verbot im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit im Staatsinteresse unbedingt notwendig ist.“

Hier wird also ganz einwandfrei festgestellt, daß rechtliche Erwägungen für das Verbot von Zeitungen nicht mehr ausschlaggebend sein sollen. Wie Herr Groener von den nachgeordneten Behörden den Kautschukbegriff „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ ausgelegt zu sehen wünscht, sagt er an anderer Stelle seiner Richtlinien. Vorerst aber kommen nun einige Erläuterungen, die die Tatsache verbergen sollen, daß Zeitungen bloß ihrer Tendenz halber verboten werden dürfen. Wie dürrig der Innenminister hier sein Gesicht wahr, zeigt folgende „Ermahnung“ — oder ist es eine Aufforderung?:

„Insbesondere sind Verbote nicht deshalb zu erlassen oder auf besonders lange Dauer zu erstrecken, weil eine periodische Druckschrift die Forderungen einer Oppositionspartei vertritt.“

Im einzelnen führt Groener dann noch aus:

„Bei Prüfung der Frage, wann die Schreibweise die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, ist insbesondere folgendes zu beachten:

Falsche Nachrichten, die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen, gefährden die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dasselbe gilt für alarmierende Sensationsnachrichten oder Schlagzeilen, die die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur Gesundung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse empfindlich durchkreuzen. Die Zeitungsverbote sind dazu da, um die labile Stimmung der Bevölkerung nicht durch verantwortungslose Aufregung, vor allem nicht durch alarmierende, einseitig gefärbte und zur Aufhetzung geeignete Zeitungsberichte und Nachrichten aufzupeitschen zu lassen.“

Die Unterscheidung von „falschen Nachrichten“ und „alarmierenden Sensationsnachrichten“ zeigt mit Deutlichkeit, daß der Reichspolizeiminister unter dem letztgenannten Begriff solche Nachrichten versteht, die erstens zutreffend sind und die zweitens der Regierung Unbequemlichkeiten bereiten.

Die selbstzufriedene Biedermannsversicherung, Opposition solle beileibe nicht unmöglich gemacht werden, wird durch die Fassung der Groenerschen Richtlinien als unwahrhaftig erwiesen: Schwächliche, also ungefährliche Opposition ist danach gnädigst gestattet. Wirkungsvolle Opposition, der es gelingt, „von der Reichsregierung getroffene Maßnahmen . . . empfindlich (zu) durchkreuzen, sie also zu verhindern — ist verboten! Das ist der langen Rede Groeners kurzer Sinn.

Der Schluß der Richtlinien ist des Beginns würdig:

„Schärfer als die den Nachrichten dienenden und der politischen Belehrung dienenden, hauptsächlich im Wege des Abonnentenbezugs vertriebenen periodischen Druckschriften sind diejenigen Zeitschriften auf die Notwendigkeit von Verböten zu prüfen, die im wesentlichen nur dem Sensationsbedürfnis zu dienen bestimmt sind und ausschließlich oder hauptsächlich im Straßenhandel vertrieben werden.“

Hier zeigt sich das ganze psychologische Unverständnis und die tiefe, unbeherrschbare Unwissenheit um Dinge des öffentlichen Lebens, insbesondere um die Gegebenheiten der Presse, die noch immer den preußischen General auszeichnet haben.

Und die Uebergabe der Exekutive in solche Hände dünkt die Sozialdemokratie das kleinere Übel . . .

Die Pressefreiheit ist gewesen.

Die Lawine des Lohnabbaus

Lohnschiedsspruch in der Leipziger Metallindustrie

TU. Leipzig, 18. Dezember

In der Lohnstreitigkeit der Leipziger Metallindustrie fällt die Schlichterkammer unter Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister ernannten Sonderschlichters einen Schiedsspruch, nach dem der Mittellohn für gelernte Facharbeiter über 23 Jahre auf 82, der Mindestlohn und die Akkordbasis auf 76, und die Akkordsicherung auf 85 Reichspfennige herabgesetzt werden.

10 Prozent Gehaltsabbau im Ruhrgebiet

Essen, 19. Dezember.

Der Schlichter für Westfalen hat in Ausführung der Notverordnung vom 8. Dezember die geltenden Gehaltstarifsätze für die kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues durch bindende Entscheidung um 10 Prozent gekürzt.

Auch in Oberschlesien

Beuthen, 18. Dezember.

In Beuthen fanden unter Vorsitz von Justizrat Dr. Skaller Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern im oberschlesischen Handel und den Angestelltengewerkschaften statt. Auf Grund der Notverordnung werden die Gehälter um 15 Prozent gesenkt. Diese Maßnahme gilt für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1932.

Gleiwitz, 18. Dezember.

In Gleiwitz fanden Tarifverhandlungen für die Angestellten in der oberschlesischen Me-

tallindustrie statt. Es wurde vereinbart, daß die Gehälter auf den Stand des 1. Januar 1927 zurückgeführt werden. Das bedeutet eine Lohnsenkung um 4 Prozent.

Gleiwitz, 19. Dezember.

Nach den Bestimmungen der Notverordnung werden die Gehälter der Angestellten des Steinkohlenbergbaues ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Höhe um 10 v. H. gekürzt, wogegen bei den Angestellten der übrigen Betriebe (Hütten, Erzgruben usw.) eine Gehaltsherabsetzung nicht in Frage kommt, da sie mit Ausnahme der Uebergangsjahre und der Lehrlinge bereits auf dem Stande vom Januar 1927 stehen. Der Arbeitgeberverband verlangte, daß genau nach den Vorschriften der Notverordnung vorgegangen würde, wogegen von den Gewerkschaften gewissen Ausnahmen gewünscht wurden.

Goerdeler verhandelt

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, verhandelte am Freitag mit den Vertretern der öffentlichen und privaten Elektrizitätswerke über die Frage der Tarifsenkung. Bei den Besprechungen zeigte sich allgemein die Bereitwilligkeit, alle jetzt eintretenden Ersparnisse im Rahmen des wirtschaftlich und finanziell Vertretbaren dem letzten Konsumenten zugute zu bringen. Die weiteren Maßnahmen sollen sich nach den besonderen örtlichen Verhältnissen richten; sie werden von dem Reichskommissar überwacht werden.

Laval siegt über die Arbeitslosen Handgemenge in der Kammer — Die Galtung folgt später

Paris, 19. Dezember.

Die französische Kammer hat wieder einmal einen „großen Tag“ gehabt. Er war so groß, daß es sogar zu einem Handgemenge kam, weil die Rechte mit den widerlichsten persönlichen Argumenten kämpfte. Es ging nicht mehr und nicht weniger als um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zwar setzten die Sozialisten mit 290 gegen 281 Stimmen durch, daß dieses Thema vor anderen Tagesordnungspunkten verhandelt wurde, aber dann rief der Arbeitsminister Landry seinen Chef Laval zu Hilfe. Herr Laval stellte die Vertrauensfrage, worauf die Kammermehrheit schleunigst retrierte und mit 360 gegen 247 Stimmen die sozialistische Tagesordnung ablehnte.

Die Interpellation wurde schließlich durch eine mit 324 gegen 164 Stimmen angenommene Tagesordnung Fels zum Abschluß gebracht, die der Regierung das Vertrauen ausspricht und unter anderem Schutz der einheimischen Arbeiter und Verschärfung der Kontrolle über die ausländischen Arbeiter, sowie Heraussetzung der staatlichen Beihilfe für die Arbeitslosenstellen der Departements und Gemeinden von 60 auf 90 Prozent fordert. Die Regierung hatte sich mit dieser Tagesordnung einverstanden erklärt.

So hat Laval über die Sozialisten . . . und

über die Arbeitslosen gesiegt. Ob er bei der Neuwahl des Sieges froh werden wird . . . ?

Hoover-Moratorium durch

Washington, 19. Dezember.

Das Repräsentantenhaus nahm das Hoover-Moratorium mit 317 gegen 100 Stimmen mit dem vom Finanzausschuß angenommenen Zusatz, der sich gegen Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden richtet, an.

Nach Ansicht führender Senatsmitglieder dürfte die endgültige Annahme des Hoover-Moratoriums, das nunmehr dem Senat zugeleitet worden ist, noch vor dem 21. Dezember erfolgen.

Alibritische Reichspolitik

Kanada kündigt Handelsvertrag mit Frankreich.

Ottawa, 18. Dezember.

Der kanadische Premierminister Bennett teilte gestern amtlich mit, daß der kanadisch-französische Handelsvertrag von Kanada gekündigt worden ist. Der Vertrag wird somit am 16. Juni 1932 außer Kraft treten. Der Premierminister fügte hinzu, Kanada sei bereit, mit Frankreich einen neuen Handelsvertrag abzuschließen.

Der Sensationsgier geopfert?



Eli Beinhorn,

die junge deutsche Sportfliegerin, die am 17. Dezember Bagdad zum Weiterflug nach Ostindien verließ, ist bisher nicht an ihrem nächsten Etappenziel eingetroffen. Um ihr Schicksal herrscht ernste Sorge. Flugzeuge, die sich von Bagdad auf die Suche begeben haben, sind unverrichteter Sache zurückgekehrt.

So meldet die bürgerliche Presse mit einer sanften Träne im Auge. Aber kein Wort sagt sie, daß diese Fliegerin der Sensationsgier geopfert worden ist. Um als Journalistin ihr Brot verdienen zu können, muß sie sich ins Flugzeug setzen, denn nicht, ob sie schreiben kann ist wichtig, sondern, daß sie eine „besondere Note“ erhält als Sportweib. So flog sie nach Afrika und hatte Glück. Jetzt scheint's das arme Mädel gepackt zu haben. Morgen ist sie vergessen. Andere warten. Herrliche Zeit.

Zuchthausanträge im Hufeland-Prozess

In der Freitagverhandlung des Nazi-Prozesses in Moabit stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge: gegen Becker wegen Totschlages 10 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust; gegen Hauschke wegen Totschlages 9 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust; gegen Kollatz wegen Mittäterschaft am Totschlag 6 Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung des Becker 6 Monate Gefängnis, zu mmengezogen. 6 Jahre 1 Monat Zuchthaus; gegen Porath und Weber wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis; gegen Pressel wegen Vergehen gegen das Waffengesetz 2 Jahre Gefängnis.

Drohungen der bayerischen Bauern

München, 18. Dezember.

Dr. Heim, der frühere bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fehr und der Präsident der Landesbauernkammer Prieger, haben soeben einen Aufruf an die bayerischen Bauern ergehen lassen, in welchem die Bauern zum gemeinsamen Kampf für der Väter Glaube und Sitte, für Heimat, Hof und Vaterland aufgerufen werden. „Wir können und werden es nicht lassen hinnehmen“, heißt es da, „daß über erfüllbare berechnete Forderungen der Landwirtschaft hinweggegangen wird. Wir sind fest entschlossen mit Euch vereint, wenn es sein muß, uns auch zur Wehr zu setzen.“

Die Antwort der bayerischen Arbeiter müßte sein, daß auch sie sich über alle Parteidifferenzen hinweg zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen.

So wirkt die Notverordnung!

Bilder aus dem Arbeiterleben

Die Mietsenkung wird sabotiert!

Eine Mieterversammlung im Norden Berlins. Sie ist diesmal außerordentlich stark besucht, denn es handelt sich darum, die gemeinsamen Schritte zu besprechen, um eine Senkung der Miete zu erwirken. Man wohnt in einem riesigen Neubaublock, nur noch 27 Prozent der Mieter zahlen am ersten ihre Miete, bei den andern geht es den ganzen Monat hindurch, und 22 Prozent sind bereits rückständig und müssen mit der Exmissionsklage rechnen, soweit sie sie nicht bereits in Händen haben.

Die Gesellschaft hat mit staatlichen und städtischen Mitteln gebaut, sie hat außerdem von jedem Mieter eine sogenannte Mietsicherungssumme gefordert und jetzt sträubt sie sich unter Berufung auf ihre sogenannte „Gemeinnützigkeit“ dagegen, trotz Notverordnung die Mieten zu senken. Lieber sollen die Wohnungen leerstehen, ganze Blocks sind ja immer noch unbewohnt, die Zinsen dafür müssen aufgebracht werden, und die leerstehenden Wohnungen werden noch auf Kosten der übrigen Mieter mitgeheizt.

In der Diskussion zeigt sich das ganze Elend dieser Neubaumieten, die mit ihren Mietsverträgen über fünf Jahre festsitzen und bei zwei- bis dreimaligem Lohn- und Gehaltsabbau den Posten Miete immer größer anschwellen sehen im Haushaltsetat. Es gibt schon viele, bei denen die Miete ganze 50 Prozent des gesamten Einkommens ausmacht, sie hungern für die gemeinnützige Gesellschaft, die auch jetzt nicht an die Mietsenkung heranwill.

Peter Martin Lampel: „Vaterland“ Komödienhaus

„Was ist eigentlich los? Ist das Stück (es spielt in Oberschlesien) kommunistisch oder nazistisch? Ist es mehr nazistisch als kommunistisch? Zuletzt schien es so.“

So der um apodiktische Urteile sonst nicht verlegene „große“ Alfred Kerr im „Berliner Tageblatt“. Die bürgerliche Kritik weiß nicht, was sie mit diesem Lampel anfangen soll. Der ist doch eingeordnet unter der Rubrik „Rebell“. Aber paßt dies Stück denn darauf? Sie wissen's nicht, die Herren, sie wissen's genau so wenig wie der Verfasser. Es ist das ganze, wenn man bei diesem Anlaß so große Worte brauchen darf, eine Tragödie des deutschen Theaters, eine Tragödie der Theaterkritik. Beide sind völlig desorientiert, ohne Wissen, ohne Kenntnis dieser Zeit, und daher ohne wirkliche Gesinnung. Ob sie einmal rechts oder das andere Mal links fallen, es ist alles Zufall. Dies Stück, es ist der Extrakt eines verwirrten Gehirns, das sich wie ein Schwamm vollgesogen hat mit Schlagworten, das verstopft ist durch die Lektüre von Leitartikeln. Es ist ein Sammelsurium aus nationalistischen Phrasen, ein einziger Haßgesang gegen den „räuberischen Polaken“, ein Hohelied auf die „Zeitfreiwilligen“, die da drunten in Oberschlesien das „Vaterland“ vor den Insurgenten rettet. Ja, das ist's und nichts anderes. Noch das „Umlegen“ wird vaterländisch gerechtfertigt. Daran ändert auch nichts, daß die Erinnerung an einen Leitartikel von der anderen Seite verwertet wird, etwa so: Vaterland, das ist für die Reichen (Klatschen und Pfeifen im Publikum); gewollt oder nicht, Haupttendenz bleibt nationalistische, böswärtige Verhetzung. Und das Gefährlichste, das Stück ist theatermäßig gut gemacht. Spannende, wirkungsvolle Szenen, knapper Dialog, dramatisch in der Form, wenn auch nicht im Inhalt, nicht im Geist. Und es wird durchschnittlich von den stellenlosen Schauspielern unter der Führung von Norbert Schiller gut, mitunter sogar ausgezeichnet gespielt; die an sich papierernen Charakterisierungsversuche werden durch die Darsteller abgerundet, zu blutvollen Typen gesteigert. Nicht durch das Werk, mehr durch die (kaum beabsichtigte) Darstellung sogar ein genialer Zug: der eben noch bedrohte Offizier brüllt die „Kerle“ an — sie stehen stramm, reißen die Hacken zusammen — o, du mein Deutschland! Wahrhaftig ein deutsches Stück im ganzen. Geistig völlig zerflatternd, qualend bis zum Heulen in seiner politischen Ahnungslosigkeit. So ein Zeitstück, aber nur so. Und so auch ein Publikumstück, das einen erfolgreichen Weg machen wird. Die Zwischenrufe aus dem Zuschauerraum, sie waren Geist vom Geist Lampels, er hätte sie selbst verfaßt haben können. Und das ist das Schlimmste. Aber schließlich, zum Trost, es ist ja nicht unser Publikum.

Richard Kleincibst

Zwei Vorschläge werden in die Debatte geworfen: bereits am 1. Januar einen allgemeinen Mieterstreik durchzuführen und solange keine Miete zu zahlen; als nicht eine mindestens 30prozentige Mietsenkung erfolgt. Der andere Vorschlag ist, am 1. Januar geschlossen zu kündigen und die Abschließung neuer Verträge von der Mietsenkung und der

Einräumung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist abhängig zu machen. Dieser Vorschlag wird dann angenommen.

Viele der Besucher waren erstaunt darüber, daß die Mietsenkung nicht einfach automatisch nach der Notverordnung erfolgt, sondern daß die Mieter erst einen Kampf führen müssen, wenn sie von der proklamier-

ten Herabsetzung überhaupt etwas sehen wollen.

„Bei der Lohnsenkung wird es wohl rascher gehen“, meinte ein Besucher am Ausgang. Ja, da geht es allerdings rascher. Aber das ist auch ganz was anderes. Da handelt sich's doch um Abzüge, die dem Arbeiter gemacht werden.

Orkan - Katastrophen im Samland

Seit Anfang der letzten Woche lagen das Samland und große Teile Ostpreußens im Bereich eines Sturmwirbels, der zeitweise mit 40 - Sekundenmeter - Geschwindigkeit über Stadt und Land brauste. Dadurch, daß nun gleichzeitig ein äußerst starkes und lange Zeit dauerndes Schneetreiben einsetzte, waren der Verkehr auf den ostpreußischen Landstraßen sowie auch einzelne Zugverbindungen fast völlig unterbunden. In voller Stärke wirkte sich der Sturmwirbel von Dienstag nachmittag bis Mittwoch mittags in Königsberg aus. Reklameschilder aller Art und Hausverputzstücke fielen allerorts auf die Straßen. Dazu kamen Regengüsse, so daß jede Außenarbeit zur größten Qual wurde. Eine Reihe von Unglücksfällen, darunter auch schwerer Art, waren die Folge. Was für ein Bild aber bietet heute unsere gesamte Ostseeküste. Bad Cranz ist total verwüstet und hat über 500 000 Mark Schaden erlitten. Noch heute bricht sich die Brandung Bahn in Stößen und Stürzen von ungeahnter Wucht zur Steilküste. Der verwüstete Strand von Cranz bietet einen schauerlichen Anblick. Ueberall sind die Uferbefestigungen zerstört, und zwischen liegen Planken und Balken. Die Uferpromenade liegt heute in Trümmern. Der Seesteg ist mitten auseinandergerissen. Die Seebäder Ost und West sind vernichtet. Dazu riesiger Schaden an allen Häusern und Gärten. Ein großer Teil der Dächer sind abgedeckt. Auch das Elektrizitätswerk hat schwere Beschädigungen erfahren müssen. Besonders sei aber der Fischer gedacht, die zum Teil ihr gesamtes Hab und Gut eingebüßt haben. Die Verbindung mit Sarkau ist unpassierbar durch die massenhaft gefällten Bäume und durch die zum Teil weit ins Land hineingedrungenen See. Ebenso haben Neukuhren, wo die Fischer vier Kutter und ein Motorboot verloren, und Rauschen schwer unter der Wucht des Sturmes zu leiden gehabt. Die Bahnverbindung Cranz-Neukuhren ist unterbrochen, da eine Reihe von Schwellen unterspült sind. Am Leuchtturm von Brüstertort wütete der Sturm mit seltener voller Kraft. Die Wettermeldungen berichteten mehrfach von Windstärken 11 bis 12. Selbstverständlich ruhte der Luft- und Schiffsverkehr, da

auch in Pillau ein Wasserstand gemessen war, wie er seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurde. Mehrere Fahrzeuge aber, die von See aus in den rettenden Hafen wollten, sind gekentert und untergegangen mit ihren Mannschaften, darunter ein Dreimastschoner. An der gesamten Küste sind sämtlichen Molen schwer beschädigt und große Erdbeben festzustellen. Ebenso wurden in der gesamten Provinz Sturmschäden zum Teil recht erheblicher Art beobachtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß große Mengen Bernstein angespült werden. Man denkt unwillkürlich an die schweren Stürme des Jahres 1914, wo das Meer von seinem goldenen Schatz fast 71 Zentner herausgab.

Starke Schneefälle in Schlesien

Breslau, 19. Dezember

In den vergangenen 24 Stunden hat es in Schlesien weiter stark geschneit, besonders im östlichen Riesengebirge und im Glatzer Bergland sowie im Altvatergebirge. Die schlesischen Wintersportplätze melden bei durchschnittlich 20—40 Zentimeter Schneehöhe sehr gute Sportmöglichkeiten für Ski und Rodeln. In höheren Lagen über 1000 Meter beträgt die durchschnittliche Schneedecke 70 Zentimeter und erreicht stellenweise bereits 1 Meter. Im schlesischen Flachland sanken die Mindesttemperaturen meist unter 15 Grad. Karpenstein bei Bad Landeck meldet sogar minus 29 Grad.

Dichter Nebel in England

London, 18. Dezember.

Seit dem frühen Morgen lagert heute dichter Nebel über England. Er hatte eine Reihe von Unglücksfällen und große Verzögerungen im Nah- und Fernverkehr zu Folge. Selbst die Expreszüge aus Schottland liefen mit beträchtlicher Verspätung ein. Die Flugzeuge vom Kontinent konnten zum großen Teil nicht bis Croydon gelangen und mußten an der Küste niedergehen. Bei Gloucester kam ein Motorradfahrer im Nebel ums Leben.

Explodierte Schiffe

London, 19. Dezember.

Der englische Fischdampfer „Birdleness“ wurde am Freitag bei Thorshavn auf den Färöer-Inseln durch eine gewaltige Explosion vollkommen zerstört. Es wird befürchtet, daß die gesamte Mannschaft bei dem Unglück ums Leben gekommen ist. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Der Dampfer machte eine Fangreise und hatte Hull am 6. Dezember verlassen. Er sollte kurz vor Weihnachten wieder nach England zurückkehren.

Paris, 19. Dezember.

Im Petroleumhafen von Rouen explodierte ein Tankdampfer nach der Uebernahme von 600 000 Litern Brennstoff. Ein Matrose wurde getötet. Die Stichflamme erreichte eine Höhe von 150 Metern. Die Hafenerwehr war infolge der unerträglichen Hitze machtlos. Ein Rettungsdampfer wurde ebenfalls von den Flammen erfaßt, so daß die Besatzung über Bord springen mußte. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Franken geschätzt.

Im Auto verbrannt

Glauchau, 19. Dezember.

An der Staatsstraße Meerane-Zwickau wurde heute früh ein brennendes Auto im Straßengraben gefunden, das nach den Spuren im Schnee von der Straße abgekommen war und nach einer Kurvenfahrt über die Felder sich im Straßengraben überschlagen hatte. In dem Auto fand sich eine verkohlte Leiche. Es wurde festgestellt, daß der Wagen der Filiale Daimler-Benz in Zwickau gehört. Der bei dem Unglück zu Tode gekommene Autoführer soll der Leiter der genannten Filiale sein.

Unterschlagnote

Notariatsgelder

Oberhausen, 18. Dezember.

Gegen den hiesigen Rechtsanwalt Loewenstein, der hier bereits seit 25 Jahren tätig ist, ist ein Verfahren wegen Unterschlagung und intellektueller Urkundenfälschung eingeleitet worden. Loewenstein ist bereits überführt, annähernd 100 000 Mark Notariatsgelder unterschlagen und für sich verbraucht zu haben.

Oscar A. H. Schmitz gestorben

Frankfurt a. M., 19. Dezember.

Hier starb nach kurzer Krankheit der bekannte Schriftsteller Oscar A. H. Schmitz im Alter von 58 Jahren. Von ihm stammt eine Reihe von Büchern über kulturphilosophische, politische und soziologische Themen.

Kosten des „Stah'bader“ in den Vereinigten Staaten

Newhaven (Connecticut), 19. Dezember.

Die Yale University veröffentlicht heute ein Werk Professor John Clarks über die Kriegskosten der Vereinigten Staaten. Clark schätzt die Gesamtkosten der Beteiligung der Vereinigten Staaten am Weltkrieg auf 52 Milliarden Dollar. Sollten die Vereinigten Staaten die alliierten Kriegsschulden nicht zurückerhalten, so würde sich dieser Betrag an Kapital- und Zinsverlust für diese Schulden um weitere 38 Milliarden erhöhen. Außerdem sei im Augenblick noch als weitere Kriegsfolge die geschwächte Kaufkraft des Auslandes in Rechnung zu stellen.

Er muß das Holzhacken unterbrechen

Wie ein Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ aus Doorn meldet, ist Exkaiser Wilhelm gegenwärtig mit der Abfassung eines Buches beschäftigt, das sich als Entgegnung auf die „Denkwürdigkeiten“ des Fürsten Bülow darstelle.

Die Bevölkerung in Palästina. Nach der soeben veröffentlichten Volkszählung in Palästina hat sich die Zahl der Juden in den letzten neun Jahren verdoppelt; sie beträgt jetzt 175 006. Mohammedaner wurden 759 952 gezählt, Christen 90 607 und Angehörige anderer Religionen 9 589.



Feuilleton der SAZ

Herr Espenhahn spielt Müllabfuhr Von Walter Galdert

Herr Espenhahn ist glücklicher Besitzer einer Villa. Er ist in der Inflationszeit rechtzeitig aus der Papiermark in die Sachwerte geflüchtet; während andere Leute in die Wäschschrank einen Haufen rotgestempelte Tausendmarkscheine aufbewahren, die sie von Zeit zu Zeit nachzählen, hat Herr Espenhahn seine Villa. Er gedenkt nicht ohne Rührung der Inflationszeit. Aber auch jetzt geht es Herrn Espenhahn trotz der Krise noch recht gut; sein Geschäft klappert ganz munter. Es reicht bestimmt zum guten Leben, zu einer Sommer- und einer Winterreise und zu einer reichlichen Aussteuer und Mitgift für die heiratsfähige Tochter. Herr Espenhahn könnte zufrieden sein.

Aber er hat schwere Sorgen. Jeden Morgen, wenn er am Kaffeetisch erscheint, sagt er: „Es muß mehr gespart werden; unser Haushalt kostet zu viel.“ Dann läßt seine Frau den Löffel sinken, den sie eben erhoben hatte, um ihn in die Zuckerdose zu graben und sich den Kaffee recht süß zu machen, und das blonde Töchterlein hält die Hand vor den Mund, wenn sie von dem dick mit Butter bestrichenen Brötchen abbeißt.

Alle Rechnungen, die zu Monatsanfang präsentiert werden, sind Herrn Espenhahn zu hoch. Die Lichtrechnung zum Beispiel; wenn er zu Hause ist, sitzt man zwei Stunden nach Sonnenuntergang noch ohne Beleuchtung. „Die Schummerstunde hat so etwas Anheimelndes“, sagt er. Die Gasrechnung ist zu hoch; bei Espenhahns wird eifrig die Kochkiste verwendet, und der Gasbadeofen darf nur alle vierzehn Tage einmal geheizt werden. „Dem Reinen ist alles rein“, sagt Herr Espenhahn. Die Wasserrechnung ist zu hoch; in einer alten Tonne wird Regenwasser gesammelt. „Regenwasser ist weich und gibt einen schönen Teint“, sagt Herr Espenhahn.

Aber ein besonderer Dorn im Auge ist Herrn Espenhahn die Rechnung der Müllabfuhr. Die anderen Leute, die Rechnungen vorlegen, haben doch wenigstens etwas geliefert. Die Müllabfuhr verlangt Geld dafür, daß sie sich etwas holen darf. Das findet Herr Espenhahn unerhört.

In den Nachbarvillen wird der Müllkasten jede Woche geleert. Herr Espenhahn hält das für einen sträflichen Luxus. Bei ihm darf der Müllwagen nur einmal im Monat vorfahren. Im Winter muß das Dienstmädchen den größten Teil des Mülls in der Zentralheizungsanlage verbrennen. Wie sie das macht, ist ihre Sache, und daß sie ein Vermögen an Kohlenanzündern dafür verbraucht, ist ihr Geheimnis. Im Sommer sieht das Problem schwieriger aus. Wohin soll man bloß mit dem ganzen Müll?

Herr Espenhahn ist auf einen genialen Ausweg gekommen. Jeden Morgen, wenn er mit der Vorortbahn in die Stadt hineinfährt, nimmt er eine große lederne Reisetasche mit. Er ist stets sehr elegant gekleidet, und wer ihn mit der schönen Reisetasche sieht, hält ihn für einen Nabob, der gerade nach Monte Carlo abfahren will. Ein Irrtum, denn in der schönen Reisetasche ist — Müll! Herr

Espenhahns Geschäft liegt in einem großen Bürohaus, auf dessen Hof sechs Müllkästen stehen. Morgens, wenn er im Büro angekommen ist, läßt Herr Espenhahn den jüngsten Lehrling den Inhalt der Tasche in einen der Müllkästen schütten. Eine wertvolle Sparmaßkeitslektion für den jungen Mann.

Aber vorige Woche hat Herr Espenhahn Pech gehabt! Er hatte in der Vorortbahn eine entzückende junge Dame als Gegenüber. Sie lächelte ihn und er sie an. Als der Zug in der Stadt ankam, stieg Herr Espenhahn der Dame nach, und es gelang ihm wirklich, für den Tag, den seine Frau ihrem Kaffeeklatsch widmet, eine Begegnung zu verabreden. Erst als der Lehrling im Privatkontor erschien, um den Müll abzuholen, bemerkte er den Verlust der Reisetasche. Herr Espenhahn erröte bis über die Ohren und schickte den Lehrling fort.

Am nächsten Morgen begab er sich zum Fundbüro, um nach seiner Tasche zu fragen. „Eine dunkelbraune Reisetasche?“ fragte der Beamte. „Was enthält sie denn?“ Herr Espenhahn wand sich vor Verlegenheit. „Verschiedene persönliche Effekten“, sagte er zögernd.

„Können Sie den Inhalt nicht näher bezeichnen?“ drängte der Beamte. „Wir haben hier ein Dutzend braune Reisetaschen.“

„Da steht ja meine!“, sagte Herr Espenhahn, „geben Sie sie doch her; ich erkenne sie ganz genau!“

„Nein, mein Herr, so einfach ist das nicht. Sie meinen, das ist Ihre Tasche? Gut, ich werde sie holen und eine Bestandsaufnahme des Inhalts machen.“

Herr Espenhahn wurde wieder rot bis über die Ohren, aber ehe er ein Wort herausbringen konnte, hatte der Beamte die Tasche auf dem Tisch hinter dem Schalter gestellt und geöffnet. Die Leute, die hinter Espenhahn am Schalter standen, drängten sich heran und reckten neugierig die Häuse. Herr Espenhahn versuchte vergeblich, das ganze Schalterfenster mit seinem Körper zu verdecken, allein so breit war er denn doch nicht.

Der Beamte hatte inzwischen in die Tasche gegriffen und das abgenagte Knochengerüst eines Huhnes herausgezogen. „Ein Skelett“, sagte er, und notierte den Fund auf einem Formular. „Sie sind wohl Mediziner?“ Doch er ließ diese Annahme fallen, als er eine leere Konservendose mit der Aufschrift „Leipziger Allerlei“ ans Tageslicht beförderte. Hinter Herrn Espenhahn begann es zu kichern, und ein paar Bemerkungen schwirrten ihm um die kirschroten Ohren. Ein Fischkopf und ein Fischschwanz, verbunden durch eine starke Rückengräte, war das nächste Stück, das der Beamte herauslangte. Zusammengeknülltes Packpapier, dem man mit der Nase noch seine frühere Verwendung, für Käse, Fische und so fort anmerkte, folgte. Und so ging es weiter — lauter Sachen, die bei anderen Leuten sofort in den Müllkasten wandern.

„Eine braune Reisetasche, gefüllt mit Müll“, faßte der Beamte das Ergebnis seiner Untersuchung zusammen und wischte sich die Fin-

ger an seinem Dienstroch ab. „Ist das Ihre Tasche?“ — „Ja“, hauchte Herr Espenhahn mit fast tonloser Stimme.

Um so lauter vernehmbar war, was ein kecker Berliner in diesem Moment durch den Raum rief: „Mensch, ich hätte nie gedacht, det man mit Müllkasten-Revidieren so dicke Jelder verdienen könnte. Elejant anezogen is der Junge! Ein tipptopper Maßanzuch und een echter Borsalino-Hut. Ick wer' ooch umsatteln. Ick kooft ma 'ne Reisetasche und mache den Müllkasten-Revisor!“

Schallendes Gelächter war das Echo. Und als Herr Espenhahn nach Zahlung der Fundgebühren mit seiner noch offenen Reisetasche den Raum verlassen wollte, warf der Sprecher ein paar Bananenschalen hinein. „Da, Aujust“, sagte er, „'ne kleene Spende fors Jeschäft!“ Nochmals schallendes Gelächter. Herr Espenhahn war fast blaurot, als er endlich auf der Straße stand.

Morgen will Herr Espenhahn an die Müllabfuhr schreiben und um wöchentliche Leerung seines Müllkastens bitten. Ueber den Grund dieses plötzlichen Meinungswandels will er nicht einmal seiner Frau etwas sagen.

Ein Roman für Arbeiterkinder

Gute Bücher für Proletariatskinder sind verdammt selten. Man sollte laut Beifall klatschen, wenn eins herauskommt, damit die Aufmerksamkeit allgemein drauf gelenkt wird.

Grund zu solcher Ovation ist erfreulicherweise wieder mal gegeben: im Malik-Verlag erschien „Ede und Unku“, ein Roman für Jungen und Mädchen von Alex Wedding. Ein paar Aber gibt es natürlich auch ihm gegenüber; der Ton ist nicht immer natürlich und frei, ist manchmal nur gezwungen kindertümlich, und vor allem ist der Preis (3,75 RM.) noch verhältnismäßig hoch). Die guten Eigenschaften überwiegen aber bei weitem. Klassenbewußtsein und sozialistischer Geist werden auf fast unmerkliche Art an die Arbeiterkinder herangetragen, für die dieses Buch bestimmt ist, ja, sie sind darin einfach selbstverständlich. Und der Ede, Held des Romans, ist ein Prachtkerl, richtig herausgeschnitten aus der Gegend am Wedding, ein Berliner Junge, der Haare auf den Zähnen hat. Wie er aus seinem Vater, einem unsympathischen Kleinbürger und Haustyranen, einen passablen Kerl macht, — da muß man wirklich schon sagen: Bravo! Auch für die ausgezeichneten Bilder gilt das.

Kurzum: wer für seine Kinder — so von 12 Jahren aufwärts — ein gutes Buch sucht, der greife nach „Ede und Unku“.

Von 30 Jahren

Anläßlich der 30. Wiederkehr des Tages, an dem er seinen ersten erfolgreichen Versuch der Uebertragung einer drahtlosen Botschaft

über den Atlantischen Ozean unternahm, erzählt Marconi in einem nach Amerika übermittelten Vortrag die Geschichte dieses Triumphes: „Ich stand in einem bitterkalten Raum auf dem Gipfel eines Hügels in Neufundland und lauschte mit ängstlicher Spannung, ob ich wohl den einfachen Buchstaben S hören würde, der von England gesandt wurde. Seit meinen frühesten Experimenten war ich stets überzeugt, daß funkentelegraphische Signale eines Tages über die größten Entfernungen der Erde gesandt werden, und daß das transatlantische Radio einmal eine Tatsache sein würde. Das Problem beschränkte sich für mich aber auf die Beweisführung, daß eine elektrische Welle über den Atlantik gesandt und auf der anderen Seite aufgenommen werden könnte. Am 26. November 1901 fuhr ich in Begleitung von zwei technischen Assistenten von Liverpool ab, um den Versuch zu machen, in Neufundland Radiosignale zu entdecken, die ausschließlich aus der Folge des Buchstabens S bestanden und von einer in Poldhu in England zu diesem Zweck errichteten Station abgesandt wurden. Unser Schiff erreichte St. Johns auf Neufundland am 6. September. Wir gingen sofort daran, auf dem Signalhügel eine Empfangsstation zu errichten. Am 12. Dezember ließen wir trotz dem starken Sturm einen Drachen aufsteigen, der über einem Gelände von etwa 120 Metern schwebte. Um 12.30 Uhr nachmittags erklang eine Folge von drei schwachen Klanggeräuschen entsprechend dem vorher verabredeten Signal deutlich in dem Telephonhörer, den ich an mein Ohr hielt. Das konnte nur bedeuten, daß die aus Poldhu in Cornwall abgesandten Wellen den Atlantik überquert hatten, was meine Ueberzeugung, die ich immer gehabt hatte, vollauf bestätigte.“

Und heute soll euch der Heiland geboren werden?

Im Tannenbaum hängt Watteschnee.
Maria ist aus Pappmaché.
Das Christkindlein aus rosa Wachs,
Der Weihnachtsmann hat einen Krack,
und innen ist er hohl!
Symbol!

Wißt ihr, wie weh die Kälte tut?
Die Mütter sind aus Fleisch und Blut.
Um Wärme, Liebe, Nahrung, Licht,
flehn Kinder, doch ihr hört es nicht
Und predigt Liebe als Symbol!
Jawohl.

Ihr stellt in schöngefärbtes Moos
Soldaten auf, zum spielen bloß.
Die rotlackierten Wunden
Werden dort gleich verbunden.
Der Dorkaplan aus Blech ist kohl.
Symbol!

Jeder hat jedem was geschenkt,
Wenn er auch innerlich gekränkt,
Hat Haß in Liebe umfrisirt,
Gewürzt, geknetet und kandiert,
Mit etwas Alkohol —
Jawohl!



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

2. Fortsetzung

Die Frauen und Mädchen kommen aus allen Teilen der Stadt, aus ihren dunklen, trostlosen Quartieren, aus der Negerstadt Harlem, aus Chinatown, aus den italienischen und spanischen, aus den deutschen und irischen Vierteln. Alle Nationen der Welt sind vertreten.

Man hört die gutturalen Laute der Negertönen, den singenden Tonfall der Italienerinnen, die weichen Zischlaute der Spanierinnen. Ein Sprachforscher könnte hier alle Dialekte der Slawen entdecken, aber auch hindostanische und armenische, griechische und japanische Sprachen vernehmen.

Zwischendurch unterhalten sie sich auch in gebrochenem Englisch und werfen sich gähnend, mit noch schlaftrunkener Stimme immer die gleichen Sätze zu.

„Ein schöner Morgen heute.“

„Ja, wenn man spaziergehen könnte...“

„Huch, die verfluchte Arbeit!“

„Ach, ich möchte noch schlafen.“

„Keine Nacht hat man seine richtige Ruhe.“

„Ich wünschte, ich könnte diesem dreckigen Lausenest adieu sagen.“

„Habt ihr euch gut amüsiert gestern nacht?“

„Oh, ich habe getanzt.“

„Ihr habt es gut, junges Blut, ich bin nach der Arbeit zu müde.“

Shirley zieht Ingrid mit sich. „Kann man das aushalten, ein ganzes Leben lang?“

Celestina hat die beiden eingeholt. „Du mußt mir jetzt sagen, was du damit gemeint hast: heute der letzte Tag.“

Shirley reißt Ingrid mit sich, sie nimmt einfach Reißaus, sie will nicht antworten.

Aber weil sie sich doch aussprechen möchte, flüstert sie geheimnisvoll Ingrid zu: „Ich will heute fort aus dem Hotel, nur als Gast komme ich wieder; paß auf, ich werde reich werden. Du wirst von mir ein extra schönes Geschenk bekommen. In Ordnung?“

Ingrid löste ihre Hand aus Shirleys Arm. „Ich glaub' das nicht, du machst nur Spaß, willst mich nur uzen.“

„Du wirst schon sehen, ich werde wirklich gehen, noch heute, alles dalassen, dies ganze häßliche, schwere Leben. Möchtest du das nicht auch?“

„Ja, ich möchte auch anders leben, aber nicht so wie du sagst, als Gast hier im Hotel.“

Auf dem Wege an dem Barbierladen für das männliche Personal vorbei begegnen die beiden Mädchen Salvatore Menelli.

Seine glänzenden schwarzen Haare sind sorgfältig aus der Stirn gekämmt. Die dunklen Augen unter den regelmäßigen Bogen der Brauen lächeln wohlgeilant. Blitzblank sieht er aus in seiner Pagenuniform.

Salvatore geht zu den Schuhputzern, mit spitzen Mund vor sich hinpeifend, und legt den Fuß auf eine Messingplatte. Er stemmt die linke Hand gegen seine schlanke Hüfte, während er mit der rechten Geldstücke in die Luft wirft, die er mit großer Geschicklichkeit immer wieder auffängt.

„Er spielt nur Theater“, flüstert Shirley ihrer Kollegin zu. „Er ärgert sich, daß ich mir nichts mehr aus ihm mache.“

Ingrid kann sich nicht enthalten, Salvatore einen bewundernden Blick zuzuwenden.

„Willst du wirklich fortgehen und auch ihn ganz aufgeben?“ Ingrid wußte, daß Salvatore

früher Shirleys Freund war.

Shirley macht eine wegwerfende Bewegung. „Ich kann mir ganz andere aussuchen, als diesen kleinen Zuckerbäckersohn aus dem italienischen Viertel. Aber du kannst ihn ja trösten, er gefällt dir, ich habe das schon bemerkt.“

Ingrid spürt ein Erröten. Diese Shirley ist schrecklich; man weiß nie, ob sie das, was sie sagt, auch ernst meint. Aber sie will hoch hinaus, das ist sicher. Alle im Hotel sagen es von ihr.

Zum zweitenmal ertönt die Glocke in allen Abteilungen des Personals. In der Luft schwirren Nummern, man hört das Knarren der Kontrolluhren, das Klirren der Schlüssel. Im Wäscheraum beginnen elektrische Nähmaschinen zu surren, die Hausmänner sind schon dabei, die Wäsche für die dreißig Stockwerke in große Rollwagen zu verstauen, die Stubenmädchen binden ihre Schlüssel um die Taille, die Haushälterinnen sehen die Listen mit den Zimmernummern durch. Ueberall werden Befehle erteilt, das tätige Leben hat schon voll begonnen.

„Wir kommen zu spät zum Frühstück.“ Ingrid blickt in den Speisesaal des weiblichen Personals unterster Stufe, der gleichzeitig auch als Küche und Abwaschraum dient. Er ist von fast unübersichtlicher Ausdehnung.

Eingewängt zwischen Wolkenkratzen, nahe dem Keller, liegt er wie in einem endlos tiefen Schacht und bleibt immer dunkel und luftlos. Man müßte sich platt auf den Boden legen, um ein Stückchen Himmel zu erspähen. Es riecht hier immer unangenehm nach ranzigem Fett und Spülwasser.

Im Saal ist schon allgemeiner Aufbruch; die langen, lehnlosen, nur gehobelten Bänke sind leer, die Holzstücke abgeräumt. Es stehen nur noch einige Gruppen zusammen.

„Ich schenke mein Frühstück der Direktion“, sagte Shirley. „Na, ich brauche ja nicht mehr lange diesen Fraß in mich zu zwingen, ich habe ja auch heute nacht gut gegessen. Aber du, hast du Hunger?“

„Eigentlich nein, ich mache mir nichts daraus, daß ich kein Frühstück habe. Nachts bin ich immer hungrig und kann kaum einschlafen. Aber morgens, wenn ich erwache, dann ist es weg, das Hungergefühl. Ich denke dann gar nicht mehr gern ans Essen.“

Es hat schon zum drittenmal geläutet. Der Raum vor den für die Angestellten bestimmten Aufzügen ist auch schon entvölkert. Er sieht dunkel und ungepflegt aus. Die Aufzüge funktionieren meist nicht einwandfrei. Jetzt sind die Klingeln nicht in Ordnung und man muß schreien, um sich den Aufzugsführern bemerkbar zu machen.

„Hinauf!“ ruft Ingrid.

„Hinab!“ schreit Shirley, die in die Wäscherei hinunterfahren muß.

Die Verbindungstüren, die sonst sorgfältig abgeschlossen sind und die zu dem eigentlichen, für die Hotelgäste bestimmten Teil dieses Stockwerkes führen, sind weit aufgeschlagen und man kann den unteren Ballsaal übersehen, einen prächtigen, durch sinnlich angebrachte Spiegel grenzenlos wirkenden marmornen Saal.

Shirley erinnert sich, daß der im Traum gesehene Saal Ähnlichkeit mit diesem hat.

Ingrid starrt neugierig hinein.

„Was sie hier wohl feiern werden?“

Es werden jetzt prächtige Bäume hineingetragen, exotische, üppige Bäume, überschüttet mit roten Blüten, lilafarbene Sträuher, die betäubend duften, Blumen mit merkwürdigen, gelben Dolden. Man sieht, die Vorbereitungen zu der Ausschmückung des Saales haben erst begonnen, aber schon jetzt hat er Ähnlichkeit mit einem unwirklichen, traumhaften Feengarten.

Shirley lacht. Sie könnte der kleinen Ingrid nähere Auskunft geben, wenn sie nur wollte; sie weiß mehr als die anderen. Aber jetzt sagt sie nur:

„Man wird hier eine große Hochzeit feiern. Siehst du, so heiraten die reichen Mädchen. Sie ist die Tochter eines Millionärs, ich weiß einiges über sie, — na, aber ich schweige.“

Shirley lacht über die erstaunten Augen Ingrid.

Diese beginnt wieder zu rufen: „Hinauf!“ und Shirley schreit „Hinab!“

Und in dem Fahrstuhl, der in die Wäscherei fährt, der langsam hinabsinkt in die Tiefe, zu den erstickenden Dämpfen, denkt sie: es ist heute zum letztenmal, zum letztenmal hinab, — morgen schon wird sie steigen...

(Fortsetzung folgt)

Was geht in den Gewerkschaften vor?

Von ADGB bis DMV?

In der Presse des freien und des Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiterverbandes findet zur Zeit eine höchst eigenartige Diskussion statt, die sich mit nichts mehr und nichts weniger beschäftigt als mit der nach der Meinung der reformistischen Gewerkschaftsführer scheinbar aktuell gewordenen Frage der Verschmelzung der Gewerkschaften und Gewerksvereine zu einem einzigen, einheitlichen Gefüge.

In der Wochenschrift Nr. 44 des DMV vom 31. Oktober ist unter dem Titel „Verstärkung durch Vereinigung“ ein Aufsatz erschienen, der eine überaus erstaunliche und kennzeichnende Antwort auf die Frage erteilt, was die Arbeiterschaft gegen die wirtschaftliche und politische Bedrohung in der gegenwärtigen Krise tun könne. Nur auf einem Gebiet habe sie die Hände ganz frei: in der Verstärkung der eigenen Kampffront. Angesichts der drohenden, außerordentlichen Gefahren müsse man sich fragen, ob die Arbeiterschaft sich heute noch den Luxus der verschiedenen Gruppen innerhalb der Bewegung leisten könne. Nach der in dem Artikel vertretenen Meinung habe die gewerkschaftliche Arbeit in den jahrzehntelangen Kämpfen zu einer starken inneren und äußeren Annäherung der drei Hauptgruppen geführt. Ernsthafte gewerkschaftliche Gegensätze seien nicht mehr vorhanden.

Die Frage der Verschmelzung der Gewerkschaften wird in Nr. 46 der Metallarbeiterzeitung v. 14. 1. in einem „Zusammenfassung der Kräfte oder weitere Verelendung“ überschriebenen Artikel nochmals behandelt. Der jetzige Zustand bedeute eine Schwächung des Gewichts der Gewerkschaften, nicht nur dadurch, daß sie getrennt dem einheitlich auftretenden Gegner gegenüber ständen, sondern auch weil die jeweils schwächste Richtung aus Agitationsgründen auch dann radikal sein müsse, wenn es ihrer Meinung nicht entspräche! Das ist ja auch ein unerträglicher Zustand, daß man heute nie wissen kann, ob nicht die schwächere Richtung z. B. die Christen einem Raubzug der Unternehmer schärferen Widerstand und evtl. Kampfmaßnahmen entgegenzusetzen werden, als die reformistische Bürokratie. Aber hören wir weiter: Der Weg zur Einigung, der natürlichen Zeit brauche (Zeit nimmt sich Herr Brüning; auch er weiß warum) gehe entweder über die Spitzenverbände oder über die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften oder über beide zugleich. Der Stärkere müsse den ersten Schritt tun und man dürfe die Stimmung des Schwächeren nicht unberücksichtigt lassen.

Die Mitgliedschaft soll also wohl gar nicht erst gefragt werden.

In der Wochenschrift des Gewerkschaftsvereins deutscher Metallarbeiter HD, dem „Regulator“ (Heft 24), wird auf die oben angeführten Verschmelzungsvorschläge unter dem Titel „Drei Fragen“ geantwortet. Auch die „Regulatoren“ sind der Ansicht, daß viele Gegensätze im Laufe der Jahre geschwunden sind, und daß die noch vorhandenen auf weltanschaulichem Gebiet liegen. An alle Gewerkschaften werden drei Fragen gestellt.

Die erste ist, ob die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft Arbeiter aller Parteien ohne Unterschied ihrer politischen Meinung umfassen soll. Die zweite Frage behandelt die religiöse „Meinungsfreiheit“. Als dritter Punkt wird endlich gegen die kommunistisch-bolschewistische „Revolutionstreiberei“ und gegen ein reaktionäres „Klassenkampf“-risches Unternehmertum und zur Frage der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter Stellung genommen. (Man beachte die geschickte Verneinung des Klassenkampfes!)

Diese Aussprache, die (wie die „Soziale Praxis“, Heft 48, bemerkt) offenbar zwischen den führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Gewerkschaften stattfindet, muß sorgfältig beobachtet und durchgehende Beachtung werden, denn ihre Auswirkungen könnten für die Gewerkschaftsbewegung von ebenso grundlegender wie für die Arbeiterschaft und ihren Abwehrkampf gegen den Faschismus verhängnisvoller Bedeutung werden.

Die Verschmelzung der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen zu einem einheitlichen Bunde würde notwendig bedeuten, die Liquidierung des „Klassenkampfes“ auch in der Theorie. Denn auf die „Stimmungen“ der Christen und Hirsehe, wie die Metallarbeiterzeitung schreibt, Rücksicht nehmen, bedeutet die Preisgabe des Klassenkampfes.

Sind sich denn die reformistischen Gewerkschaftsführer gar nicht bewußt, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften oder auch nur die Diskussion dieser Frage in bejahendem Sinne einen weiteren Schritt zum Faschismus bedeuten? Das Ziel Brüning's ist sicher nicht die Zerschlagung der Gewerkschaften. Eine Regierung Brüning-Hitler oder auch eine rein faschistische Regierung würde die Gewerkschaften nicht zerschlagen, weil sie sie nicht entbehren kann. Es unterliegt aber ebenso gar keinem Zweifel, daß das Ziel des Katholizismus in Deutschland der Umbau der Gewerkschaften im Sinne der faschistischen Korporation ist. Die letzte Enzyklika des Papstes vom Mai d. J. „Quadragesimo anno“ empfiehlt offen das Korporations-System des italienischen Faschismus, das, wie der Papst sagt, „unlängst eingeführt wurde“. Es wird von der Enzyklika ausdrücklich durch diese Vorteile empfohlen: „Zusammenarbeit der Klassen. Zurückdrängung der sozialistischen Organisationen und Bestrebungen, rasender Fortschritt eines eigenen Behördenapparates.“ Aufgabe der Staatsorgane ist es, die beruflichen Körperschaften zusammengesetzt aus Vertretern

der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergewerkschaften zu „leiten und den Ausgleich herzustellen“. Worin dieser Ausgleich besteht, wird mit dem Satz von lakonischer Kürze und lakonischer Umstrickung ausgedrückt: „Arbeits-einstellungen sind verboten.“ Falls sich die streitenden Parteien nicht einigen können, entscheidet die Behörde.“ Nur ganz vorsichtig formulierte Einwendungen gegen die daraus resultierende übergroße Machtstellung des Staates werden gewagt.

Das Zentrum laviert auf eine deutsche „Carta del lavoro“ (Charta der Arbeit) hin. Wohin die Reise gehen soll, hat Reichsarbeitsminister Stegerwald in einem Vortrage, den er im Februar d. J. in Essen hielt, ausgeführt. Man könne sich vorstellen, daß in unserem künftigen Tarifrecht nicht die Vertragsauf-fassung, sondern der Gemeinschaftsgedanke dominieren werde, daß es als eine Art Gemeinschaftsrecht korporativ gestaltet würde, d. h. daß nicht einzelne Verbände Verträge miteinander eingingen, sondern daß sie sich zu Tarifgemeinschaften zusammenschlossen, die vom Staat ermächtigt würden, die Arbeitsbedingungen zu regeln.

In einem in der Rhein-Mainischen Volkszeitung erschienenen Artikel beschäftigt sich der Frankfurter Stadtrat Ernst Mochel zusammenfassend mit der Frage der Korporation,

wie sie durch die Schriften des Prof. Dessauer („Kooperative Wirtschaft“), Franz Schürholz („Um eine neue Aristokratie“) usw. ihr Gepräge erhalten hat.

Das Proletariat sei nicht der vorausbestimmte Träger einer neuen Wirtschaftsordnung, wohl aber mit geschichtlicher Notwendigkeit zu ihrem Mitträger (d. h. alleinigen Lastträger) berufen. Der Arbeiter müsse sich der Wirtschaft anschließen, als Mitarbeiter, der von seiner Stelle die Wirtschaft mitträgt, ohne sie in eigene Regie übernehmen zu wollen. Nur in der Korporation könnten die heilenden Kräfte für den kranken Kapitalismus gefunden werden.

Es ist hier schon des öfteren festgestellt worden, welche gewichtige Vorarbeit bereits durch die Tolerierungspolitik der SPD geleistet wurde. Das Kes-seltrüben gegen Republikaner, Sozialisten, Pazifisten kann ganz legal vor sich gehen. Zu alledem sind keine Gewaltmaßnahmen notwendig. Aber der Durchführung der Korporation, die Zwangssyndizierung der Gewerkschaften würde einen unzulässigen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete berufliche Vereinigungsfreiheit bedeuten. Diese Verfassungsänderung wird dann überflüssig oder doch nur zur Anerkennung eines bereits bestehenden Zustandes, wenn die Gewerkschaften der verschiedenen

Richtungen zu einem einheitlichen organisatorischen Gefüge zusammengeschmolzen werden.

Dieser Zusammenschluß würde die Ausschöpfung der freien Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen auf legalem Wege bedeuten.

Er würde bedeuten, die Vorwegnahme eines Stückes der Tolerierung Hitlers durch den Reformismus und die SPD.

Im Maiheft der „Gesellschaft“ schreibt Georg Decker, der dutzende von Seiten dieser theoretischen Organe der SPD mit Rechtfertigungsversuchen der Tolerierungspolitik angefüllt hat:

„Wir müssen die Gefahr des allmählichen Hineinwachsens in den Faschismus mit aller Schärfe sehen und ihr mit aller Kraft entgegenzutreten.“

Inzwischen wird er ja mit aller Schärfe gesehen haben. Wo bleibt aber das Entgegen-treten mit aller Kraft? Sieht das so aus, daß man sich die Parole „Stirb und Werde“ zu eigen macht?

Kämpfen will man nicht, aber auch nicht untergehen.

Glaubt man, den Gefahren zu entgehen indem die freien Gewerkschaften heute Selbst-mord verüben, um in einer neuen Form auf-zustehen, weil dieser neuen Form Hitler nichts anhaben kann und nichts anzuhaben braucht?

Die Arbeiterschaft wird der Frage zu be-antworten haben. Sie wird diese Frage vor sich selbst zu verantworten haben. Adolf Stein.

Kriegsverhinderung und Völkerbund

Im Programm der SAP heißt es: „Sie (SAP) unterstützt alle Bestrebungen, die der Wahrung des Friedens dienen, insbesondere solche, die sich auf internationale Schiedsgerichtsbarkeit und nationalen Minderheitenschutz richten. Sie läßt aber keine Illusionen über den Wert der bürgerlichen Friedensvereinbarungen entstehen.“ Dieser Satz lehnt sich stark an die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses der II. Internationale an, und übernimmt von diesen auch den zwiespältigen Charakter. Es gilt darum von diesem Satz dasjenige was damals der Genosse Zwingli zu der Brüsseler Abrüstungsresolution schrieb: „Wir finden in der Abrüstungsresolution als wesentliche Aufgabe der Internationalen angeschlossenen Parteien u. a. verzeichnet, für internationale Schiedsverträge... zu kämpfen. Und wir finden an anderer Stelle derselben Resolution die sehr richtige Bemerkung, daß alle Verträge hilflos werden in dem Augenblick, wo es den Imperialisten gelingt, den Krieg zu entfesseln. ... Was an der einen Stelle der Resolution als Ziel der Politik gefordert wird, wird an der anderen in durchaus richtiger Weise als unwirksam bezeichnet.“ Unsere Aufgabe ist es aber heute in klarer eindeutiger Weise zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und alle Illusionen über den Wert der bürgerlichen Friedensvereinbarungen als da sind, Schiedsgerichte, nationaler Minderheitenschutz, Abrüstungskonferenzen, Völkerbund usw., sehen im Keime zu ersticken. Dies ist notwendig, weil alle Illusionen, auch die kleinsten, die Arbeiter an der wirklichen Kampffront schwächen, und so zu einer großen Gefahr werden können.

Versuchen wir nun die Frage zu beantworten, inwieweit mit Hilfe dieser bürgerlichen Friedensvereinbarungen wirklich Kriege verhindert werden können und ob es möglich ist, den Völkerbund zu einem wirklichen Instrument der Kriegsverhinderung auszubauen. Ein Musterbeispiel für die Tätigkeit des Völkerbundes in der Frage der Kriegsverhinderung bietet wohl der gegenwärtige Konflikt Japan-China. Sowohl China wie Japan sind keine Mitgliedsstaaten. Und obwohl in diesem Falle noch die Seitenhaken zu verzeichnen ist, daß sogar der Angreifer, Japan, feststeht, ist der Völkerbund nicht in der Lage, hier wirksam einzugreifen. Er hat Beschlüsse, bildet Kommissionen und beruft wohl eine besondere Sitzung ein, aber Japan schert sich den Teil der Beschlüsse, sondern läßt seine Truppen ruhig weiter marschieren, trotz Kellogg-Pakt und Völkerbund. Gerade bei diesem Konflikt in dem gefährlichsten Wetterwinkel der Erde zeigt sich mit aller Deutlichkeit der Wert aller dieser Friedensvereinbarungen. Und dasselbe, was sich hier in der Gegenwart zeigt, hat sich

Es ist nicht zufällig, daß der Völkerbund in allen diesen Fragen versagen mußte, sondern es entspricht dies völlig seiner Struktur und seiner Zusammensetzung, es ist bedingt durch die kapitalistisch-imperialistische Struktur seiner Trägerstaaten. Die Staatsmänner, die in Genf zusammenkommen, sind doch nicht einmal selbst mit dem zehnten Teil des Wahlrecht gewählte „Volkvertreter“, sondern sie sind doch nur die Vertreter der verschiedensten kapitalistischen Regierungen, die dort die Interessen ihres Staates vertreten sollen.

Die Interessen ihres Staates heißt aber, die Interessen der herrschenden Klasse dieses Staates, daß heißt hier vor allem, ihre verschiedenen imperialistischen Interessen.

Nun aber die andere Frage, besteht nicht die Möglichkeit, den Völkerbund unter dem Drucke der internationalen Arbeiterklasse zu einem wirklichen Instrument des Friedens umzugestalten? — Leider ist dieser Bund ja kein Bund der Völker, sondern ein Bund ihrer Regierungen. Den Völkerbund in unserem Sinne umzugestalten würde also bedeuten, daß die Arbeiterschaft in den einzelnen Staaten die Macht erobert hätte und nun ihre Regierungsvertreter nach Genf entsenden könnte.

In der Politik darf man sich nicht nach Wünschen, sondern nur nach der Wirklichkeit richten. Diese Wirklichkeit rügt uns heute, daß alle Theorien von der Umgestaltung des Völkerbundes, von Schiedsgerichten usw., Illusionen sind. Das Genfer Protokoll der englischen Arbeiterregierung 1924 ist doch nur darum in der Versenkung verschwunden, weil es den Interessen der kapitalistischen Mächte nicht entsprach. Auch die befristete Schaffung einer übernationalen Völkerbundsarmee ist nichts weiter wie eine Illusion. Keiner der kapitalistischen Staaten könnte dies unterstützen, weil diese Armeen doch immer mehr oder weniger unter dem Einfluß der im Bund tonangebenden Staaten stehen würde. Außerdem würde ja kein Staat sich

bereit erklären, seine eigene Arme nunmehr abzurufen. Also würde diese Völkerbundsarmee nur eine besondere Arme neben den schon bestehenden werden. Für die Arbeiterschaft würde eine solche Völkerbundsarmee außerdem noch eine große Gefahr bedeuten, denn viel eher als zur Verhinderung internationaler Streitigkeiten der verschiedensten Staaten, würde man sie bei revolutionären Kämpfen gegen die Arbeiterklasse, oder auch bei einem Vorgehen gegen Sowjetrußland einsetzen. Wir haben außerdem, solange die proletarische Revolution nicht ihren Siegeszug angetreten hat und die Diktatur des Kapitalisten wenigstens in den wichtigsten Ländern durch die Diktatur des Proletariats abgelöst ist, auch gar keine Möglichkeit auf das Aussehen und das Handeln dieser Völkerbunds-exekutive irgendwelchen Einfluß zu nehmen. Also abgesehen davon, daß die Schaffung einer solchen Exekutive innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur eine Illusion bedeute, würde diese, wenn ihre Errichtung möglich wäre, für die Arbeiterschaft eine große Gefahr bedeuten.

Noch eine andere große Gefahr liegt in dem, wenn auch nur bedingten, Vertrauen, welches das provisorische Programm dieser bürgerlichen Friedensvereinbarungen entgegenbringt. Dies Vertrauen schläfert die eigene Wachsamkeit der Arbeiterschaft ein, und hindert so den wirklichen Kampf gegen den Krieg. Anstatt daß diese Institutionen wirkliche Machtpositionen im Kampf gegen den Krieg sind, werden sie so zu einem gefährlichen und schädlichen Befähigungsmittel, hinter dem sich oftmals noch die eigene Unaktivität sehr gut verbergen kann. Gerade die Politik der II. Internationale sollte hier schrecken.

Arbeitseinkommen um fast 10 Milliarden gesunken!

Wenn das Institut für Konjunkturforschung statt unsicherer Prognosen jetzt hauptsächlich rückläufige Diagnosen aufstellt, so wird man nicht erwarten, daß es das kapitalistische System, in dessen Dienst es steht, für die Lage verantwortlich macht. Es spricht daher auch nur, wie gestern bereits berichtet, von „Systemwidrigkeiten der internationalen Kreditverflechtung“, worunter es insbesondere die politische Verschuldung versteht.

Überhaupt sieht es, entgegen der Einstellung seines Chefs, heute viel monetärer, viel formalistischer als früher. Das ist im Grunde ein Netzwort: ginge man vom mathematisch unterbauten Formalismus ab, so müßte man die wahren Wurzeln der Krise aufzeigen, die mit den Methoden der Konjunkturstatistik gegenwärtig kaum zu finden sind, und so steckt man lieber den Kopf in den Sand, als daß man den Mut aufbringt, die Wahrheit zu sagen.

Nur ab und zu wird man zwischen den Zeilen erblickt. Da heißt es zum Beispiel im neuesten Vierteljahrsheft zur Frage der Einkommensentwicklung: „Der Einkommensrückgang muß (und darin liegt das Verhängnisvolle der gegenwärtigen Situation) zu immer neuen Produktionsbeschränkungen führen, weil er auf der einen Seite mit dazu beiträgt, den Strom der Geldkapitalbildung zu drosseln und auf der anderen Seite den Konsumgüterabsatz auf dem Binnenmarkt immer stärker einschränkt. Noch nie in der Geschichte der Krise der letzten 50 Jahre ist das Volkseinkommen so stark wie gegenwärtig zurück-

gegangen. Noch nie hat in der Krisis der Einkommensrückgang so umfassend eingesetzt wie gegenwärtig.“

Herr Brüning wird sich freuen, wenn er vom amtlichen Institut für Konjunkturforschung so deutlich das Urteil über seine Notverordnungs-politik gesagt bekommt, deutlicher, als es seine stärkste Regierungspartei mit dem Fachmann Hilferding je auszusprechen wagen würde!

Das IKK versucht nun auszurechnen, was die Arbeiterschaft bisher durch die Krise verloren hat. Es bewertet z. B. die Kurzarbeit gegenüber 1930 mit etwa 4 Prozent, den Abbau der Tariflöhne bis zum November auf weitere 7 Prozent, weist ferner auf den Abbau der übertariflichen Zahlungen hin und kommt so zu dem Ergebnis, daß das gesamte Arbeitseinkommen allein im dritten Quartal 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 14 Milliarden gesunken ist. Fürs erste Halbjahr werden nur drei Milliarden eingesetzt, fürs letzte Quartal etwa zwei Milliarden, das ergibt für 1931 gegen 1930 einen Verlust von fast sieben Milliarden!

1929 betrug das Arbeitseinkommen noch 43 Milliarden, jetzt ist es auf 33 Milliarden abgesunken: Ein Viertel des Volkseinkommens hat die Arbeiterschaft in zwei Jahren der kapitalistischen Rettungsaktion opfern müssen!

Und dann toleriert man die neuerliche Senkung um weitere 10 Prozent oder über drei Milliarden!

Jugendblatt der SAZ

Das Gesicht der Organisation

Diskussionsbeitrag zum Aufbau des SJV

Von Werner Pese, Frankfurt a. M.

Massen- oder Eliteorganisation? Das war in der SAZ eine auf Führerausdrücken viel erörterte Streitfrage. Mir scheint diese Fragestellung falsch zu sein. Nicht: Entweder — Oder, sondern: Sowohl — Als auch muß es heißen! Die Aufgabe einer proletarischen Jugendorganisation soll eine doppelte sein:

1. Die Mobilisierung einer jungproletarischen Elite;
2. Die Erfassung einer größtmöglichen Zahl von Jugendlichen.

Nicht, als ob da heißen soll, es müßten nun zwei voneinander getrennte Gruppen in der Organisation bestehen, es gäbe nun „Mitglieder zweiter Klasse“ — diese Zweiteilung ergibt sich vielmehr erfahrungsgemäß in der Regel zwangsläufig und von selbst. Diese Elite soll vielmehr nur der Kern der Bewegung sein, die theoretisch Bestgestellten, die politisch Aktivsten, die der Bewegung Ziel und Richtung geben, sie vorwärtstreiben.

Die Erfassung der „Unpolitischen“

Wir können und müssen an diese Elite hohe und höchste Anforderungen stellen. Es wäre aber grundfalsch, wenn wir uns nun zu achtzig Prozent mit politischen Fragen beschäftigen würden und Sport, Spiel und Geselligkeit vollständig in den Hintergrund treten ließen, wie das besonders intransigente Genossen fordern.

Denn ganz abgesehen davon, daß wir ja nicht das züchten wollen, was Friedrich Engels einmal als „finstere Gesinnungslümmel“ verspottet hat; und daß selbst der politischste Mensch — und gerade der! — Entspannung und Unterhaltung braucht — wir würden auf diese Weise niemals eine Massenbewegung werden. Es ist ein schwerer psychologischer Fehler, wenn man in der Jugendarbeit von der stillschweigenden Voraussetzung ausgeht, daß jeder Mensch politisch interessiert oder wenigstens politisch zu interessieren sei. Auf die Dauer ist die Mehrzahl für alle anderen Dinge mehr zu haben als für politische Fragen.

Diese Tatsache müssen wir in Rechnung stellen. Und zudem glaube ich, daß in der Stunde, die den Einsatz aller Kräfte verlangt, der „unpolitische“ Genosse sich als

Jugend will frei sein

- Jugend will frei sein,
 - Frei im Handeln,
 - Frei im Sinn.
 - Jugend will nicht gebunden sein
 - Durch Gesetze:
 - „Du gehst den Weg, den ich gegangen bin!“
 - Jugend spürt den Drang zu Taten.
 - Sie will empor,
 - Sie will zum Licht.
 - Keiner Befehl braucht sie wie die Soldaten.
 - Sie will bestimmt sein
 - Durch das eigene Ich.
 - Sie braucht nicht Generale zum Befehlen;
 - Denn ihr Befehl
 - Liegt im Verstand. (quälen.
 - Sie will sich nicht mit nationalen Phrasen
 - Sie braucht die Welt
 - Und nicht das Vaterland.
- Kurt Schädlich.

Bücher für uns

Weihnachtsbücher: „Allen voran B. Travén.“ Das schreibt die Büchergilde Gutenberg. Und sie hat wahrlich recht: „Wenn ich mir die ganze erzählende Literatur des letzten Jahres angucke und frage: Was geht davon dem Arbeiter und Sozialisten am nächsten an, so ist die Antwort, die ich geben muß: Travén.“

Warum?

1. Er ist ein Kerl, der erzählen kann. Er hat Augen, die gucken können und eine Lust am Leben, im großen und kleinen, und endlich Freude am Erzählen, Freude am Disputieren, Freude, sein Herz auszuschütten. Das gibt seinen Büchern eine wundervolle Ursprünglichkeit. Man vergißt, daß es Bücher sind und glaubt, den Menschen vor sich zu haben, dem man gehört, widerspricht, von dem man sich überzeugen und mitreißen läßt. Das ist eine herrliche Sache.

2. Dieser Mensch hat ein Proletarier- und Arbeiterleben geführt. So sehr er es ablehnt, von sich und seinen Schicksalen zu erzählen, seine Geschichten sind voll davon. Wer das Leben von Heizer und Baumwollpflückern,

ebenso guter Klassenkämpfer erweist wie der politisch geschulte.

Umbau der inneren Arbeit

Die Bourgeoisie hat längst erkannt, daß man den Jugendlichen am leichtesten gewinnen kann, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, sein besonderes Interesse zu befriedigen. Wir sollten da von den bürgerlichen Jugendorganisationen lernen, von ihren Methoden, den jungen Menschen ohne direkte grobe politische Beeinflussung im Sinne der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu erziehen.

Freilich ist unsere Aufgabe ungleich schwerer, da für uns das bürgerliche Bildungsgut und die überkommenen Formen der Geselligkeit unbrauchbar sind. Denn das muß allerdings selbstverständliche Forderung sein: möglichst rasche Abkehr von den traditionellen Formen der bürgerlichen Jugendbewegung, an deren Stelle neue Formen proletarischer Geselligkeit und Unterhaltung gefunden werden müssen, die das Wollen des Proletariats zum Ausdruck bringen oder Kritik an der heutigen Ordnung enthalten. Der Weg in dieser Richtung ist bereits beschriftet (proletarische Festgestaltung; politisch-satirisches Kabarett; literarische Abende; Kampfliederabende; Aktualisierung des politisch-satirischen Puppenspiels; Geländespiele, denen politische Ereignisse zugrunde liegen usw.). Die Rahmenorganisation des Jungproletariats

Im übrigen aber sollten wir für alle Wünsche und Interessen Platz haben, sollten wir allen Begabungen und Temperamenten Raum und Auswirkungsmöglichkeiten in vollstem Maße geben. Wir sollten daher in unseren Organisationsbereich, in unseren Aufgabenkreis alles hineinbeziehen, was heute von dem bunten Gewimmel der verschiedenen proletarischen Jugendorganisationen und -organisationen getrieben wird.

(Damit erklären wir zugleich der Zersplitterung der sozialistischen Jugendarbeit den Krieg und setzen den Hebel zu ihrer dringend notwendigen Konzentrierung und Rationalisierung an.)

*

Das Eine allerdings dürfen wir nie vergessen: alle nichtpolitischen Dinge dürfen immer nur Mittel zu dem einen Zweck sein: den Kampf um die Jugend erfolgreicher führen zu können. Und noch eines: die bestimmenden Faktoren unserer Jugendarbeit müssen sein: die politisch-theoretische Schulung, die Förderung des proletarischen Kulturwillens, die jungproletarische Wehrhaftigkeit und die gegenseitige Erziehung im Sinne einer proletarischen Klassenmoral:

zur Selbstdisziplin, zum Selbstbewußtsein, zum Klassenbewußtsein, zur Kameradschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft und zu folgerichtigem Handeln!

Zum Thema:

Sozialistische Charakterbildung

von Wilhelm Ball, Mainz

Auf den Artikel „Sozialistische Charakterbildung“ in der „SAZ“ vom 6. 12. 1931 möchte ich einiges erwidern:

I. Wie stellt sich Genosse Lamm zu der Frage der Wehrhaftmachung des Proletariats? — Kann man nur durch politische Schulung das Proletariat und besonders die proletarische Jugend vom entscheidenden Kampf, der ja, wie schon so oft gesagt, nur auf der Straße ausgefochten wird, ertüchtigen, oder ist nicht auch die körperliche Schulung ein wichtiger Faktor, der nicht vergessen werden darf?

II. Gewiß ist in der SAZ auf Wandern, Sport, Singen und Tanzen zu viel Wert gelegt worden, und die politische Schulung hat natürlich darunter gelitten. Im SJV soll die Frage der politischen Schulung natürlich in den Vordergrund treten, aber deswegen soll das andere nicht vergessen werden.

Wenn der Genosse Lamm glaubt, daß nur diejenigen Genossen von der SAZ zum SJV übergetreten sind, denen das Wandern, Singen, Spielen und Tanzen ein Greuel ist, dann befindet er sich in einem großen Irrtum. Auch unsere Jugendgenossen legen Wert darauf, ihre Freizeit nicht ausschließlich mit politischen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Organisation zu verbringen. Sie wollen ihren Körper schulen, wollen ihn gesund erhalten, um weiterarbeiten zu können, und wollen auch menschlich einander näherkommen, was bei eiber nur geistigen Schulungsarbeit meist nicht möglich ist. Denn diese kann niemals einen menschlichen Gegensatz ausgleichen, der auch innerhalb einer politischen Organisation durch politische Auseinandersetzungen

entsteht. Eine Wanderfahrt dagegen bringt unsere Jugendgenossen einander menschlich viel näher als Diskutierabende. Man kann nun sagen, daß unsere Jugendgenossen, wenn sie sich körperlich ertüchtigen wollen, in unsere Arbeitssportvereine eintreten sollen. Gut! Aber wer bezahlt ihnen den höheren Beitrag? Ihre Eltern können es nicht, und die Jugendlichen können es bei ihrer geringen Bezahlung, soweit sie noch in Arbeit stehen, erst recht nicht, von den Erwerbslosen ganz zu schweigen. Außerdem würden sie auch zeitlich zu sehr belastet, und drei oder sogar vier Abende in der Woche wären sie gebunden. Genosse Lamm sieht Wandern, Sport usw. als bürgerliche Errungenschaften an, die aus unserem Programm verschwinden müssen. Haben wir nicht dasselbe Recht, gesund zu sein und uns unseres Daseins genau so zu freuen wie die bürgerliche Jugend auch?

Der Genosse Lamm kennt doch sicher auch den Satz: „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist.“ Und gesund sind und bleiben wir nicht allein nur durch geistige Schulung. Es ist auch eine altbekannte Tatsache, daß sich der Geist durch sportliche Tätigkeit erholt. Unsere jüngeren Genossen hauptsächlich verlangen mit Recht eine solche Entspannung. Denn ohne daß ich ihre geistigen Fähigkeiten anzweifeln will, möchte ich doch befürchten, daß ihnen dauernde Diskussionsabende schließlich einmal zu viel werden. Genosse Lamm meint, daß durch Spiel, Sport und Geselligkeit das Interesse vom Klassenkampf abgelenkt würde. Das kann und will ich nicht glauben. Die Wirklichkeit ist so unerbittlich, daß man immer an sie erinnert wird. Aber sie für

von Vagabunden und Oelkulis so genau kennt, muß es mitgelebt haben. Dieser die Welt durchbummelnde Prolet hat daher eine Masse zu berichten, was jeden Proleten und Sozialisten aufs allernächste angeht. Er ist einer von uns.

3. Dieser Proletarier und Internationalist ist auf einen ganz wunderbaren Stoff gestoßen, in den er sich hineingefressen hat mit seinem Leben und seinen Geschichten: auf Mexiko, das Land des Frühlings, das Land der alten Aztekenkultur, das Land unendlicher wirtschaftlicher Reichtümer, das Land, das heute einen zähen und heldenhaften Kampf kämpft gegen eine dreifache Ausbeutung und Unterdrückung, die der Kirche, des internationalen Kapitals und der eigenen, von den spanischen Eroberern stammenden Bourgeoisie. Ich kenne Mexiko nur aus Bildern und aus den Erzählungen von Freunden und Kameraden, die es liebten. Nach den Bildern ist es ein Paradies; nach den Erzählungen ist es ein Land der Wunder, ein Land, in dem ein edles und hochbegabtes Volk nach furchterlichen Leiden der Unterdrückung zu neuem Leben aufwacht. Herrlichster Stoff also die Geschichten und des wahren Geschichtenerzählers.

4. Travén kennt dies Land nicht nur, liebt es mit Leidenschaft und versteht seine Menschen. Er versteht darüber hinaus, was ein solcher Kampf für die ganze Welt bedeutet. Er vergleicht mit scharfen Augen und sehr kritischem Verstand das Leben dieser mit ihrem Land verwachsenen, in einer uralten, edlen Kultur wurzelnden Indios mit dem unseren. Der Vergleich ist nicht schmeichelhaft für uns, aber äußerst lehrreich. Lehrreich vor allem auch für die sozialistischen Parteien. Travén beobachtet gut. Ihm entgeht nicht der Widerspruch zwischen Programm und Praxis, zwischen Theorie und Leben, das unser Leben vergiftet, nicht die drohende Gefahr, daß ein bürokratischer Apparat, der unseren Staat schon beherrscht, nun auch die Arbeiterbewegung beherrschen und erstarren lasse. Was er hier sagt, ist ebenso bitter wie bedeutsam.

Diese Bücher sind keine literarische Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit des Lebens und der Politik. Sie sind offen tendenziös. Und sie widerlegen schlagend die törichte Meinung, daß politische Ueberzeugung kunstwidrig sei. Kunst? Ich weiß nicht, ob diese Bücher künstlerisch sind. Aber sie sind mehr:

Unser Gelöbnis

Von der Jugend gesprochen.

So, wie wir sind,
Hat uns der Weg zu euch geführt;
So, wie wir denken, kamen wir.
Und mögen heut nur wenige wir zählen,
Wir werden wirken, ringen, kämpfen,
Daß wir wachsen, daß wir Alles sind!

Wir wollten nicht mit Fesseln uns bezwingen
[lassen!]

Wir wollten nicht das Wort uns nehmen lassen!
Wir wollten nicht nur Herde bei der Heerschau
[sein!]

Wir wollen nicht nur duldsam stille halten,
Wenn unsre Eltern, Brüder, Schwestern und
[wir selbst
Mit jedem Tage mehr und mehr geknechtet
[werden!]

Wir wollen lernen, was uns Marx geheißen!
Wir wollen tun, was Liebknecht uns gebot!
Wir wollen das im Sturme niederreißen,
Das nichts uns gibt als nur den Hungertod!

Wir wollen leben, helfen, schaffen
Allda, wo unser rotes Banner weht!
Und unser Letztes wollen wir zusammenraffen,
Wenn in den Kampf um unser Ziel es geht!

Wir wollen siegen, und wir müssen siegen!
C. Diemer.

einige Stunden durch harmlose Vergnügen außer acht zu lassen, das ist unser gutes Recht.

III. Wie schon erwähnt, hält Genosse Lamm all diese Vergnügungen für bürgerliche Errungenschaften, die wir uns nicht zu eigen machen sollten. Wie stellt sich Genosse Lamm dann dem sozialistischen Staat vor? Soll man da für nichts außer der politischen Schulung Interesse haben dürfen? Im sozialistischen Staat wird doch die Arbeitszeit auch im Interesse der Jugend verkürzt werden, um ihr möglichst viel freie Zeit zu verschaffen, die sie nach ihrem Belieben verbringen kann. Auch dann müssen wir körperlich gesund sein, um den sozialistischen Staat nach innen und außen schützen zu können. Es wird auch dann noch Menschen geben, die unter seelischen Depressionen zu leiden haben. Sie bedürfen der Ablenkung, die nicht nur durch politische Diskussionen, sondern auch durch Freude an Sport, Spiel und Kunst erreicht werden kann. Deshalb halte ich es für richtig, daß wir innerhalb der SJV auch diese menschlichen Notwendigkeiten nicht vergessen, selbstverständlich unter Voranstellung sozialistischer Bildungs- und Schulungsarbeit, denn zu einer Charakterbildung gehört eine möglichst große Allgemeinbildung.

Regen aus Schnee

Am schnellsten und einfachsten wird der Schnee in den Straßen durch einen tüchtigen Regenfall beseitigt. Amerikanischen Ingenieuren ist es nun vor kurzem gelungen, eine Maschine zu konstruieren, die, während sie langsam durch eine schneebedeckte Straße fährt, die Straße gleichzeitig vom Schnee befreit und reinigt. Der vordere Teil der Maschine schaufelt die Schneedecke auf, worauf der Schnee durch warmes Wasser aufgetaut und in einen Wassertank geleitet wird, von wo aus er als Wasser wieder aus der Maschine herausfließt, so daß also auf diese Weise die Straße, die vorher mit Schnee bedeckt war, mit dem Schneewasser gereinigt wird. Im Laufe einer Stunde kann mit dieser Maschine eine breite Straße bis auf 800 m Länge gereinigt werden.

spannende, erschütternde, hinreißende Dokumente des Lebens.

Sie sind darum für alle: der Junge und das Mädchen, die abenteuerlustig sind, die Frau, die nach den sanften Erschütterungen der Liebe und Mutterschaft sucht, der proletarische Mensch, der Philosoph, der über die Rätsel des Werdens und Vergehens brütet, sie alle kommen mit ihnen auf ihre Rechnung.

Ich weiß nicht, welche seiner Bücher die schönsten sind. Die Bücher über Mexiko. Aber das sind die meisten. Und immer ist mir das am liebsten, das ich am letzten las. Sie alle aber gehören zusammen. Man kennt weder ihn noch das Land, das er liebt, wenn man sie nicht alle gelesen hat. Zusammen erst bilden sie das große Heldenlied eines Volkes, der Arbeit, des Lebens und der seltsamen, schrecklichen und herrlichen Erde, auf der auch wir leben und kämpfen.

Nicht nur in der Büchergilde Gutenberg sind seine Bücher erschienen, auch im Universitäts-Verlag.

Es geht ein Strom von Kraft und Zuversicht von ihnen aus, den wir brauchen, in dieser Zeit der Not, der Notverordnungen, der Kleinheit und Verzagtheit.

Lest sie! Alle!

Anna Siemsen.

Nazijunker, Hindenburg u. Ostpreußenpresse

Mit welcher Dreistigkeit die Nationalsozialisten die Reichspolitik zu bestimmen versuchen, davon zeugte die Vollversammlung der ostpreußischen Landwirtschaftskammer. Sie faßte einen Beschluß, in dem sie ihren Präsidenten aufforderte, beim Reichspräsidenten von Hindenburg vorstellig zu werden,

den Weg alsbald frei zu machen für Männer, die, auf Kampf und Glauben zusammengeschießt, jetzt nur noch allein in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das ganze Volk zu retten.

Präsident Dr. Brandes hat sofort an den Reichspräsidenten geschrieben und die Angelegenheit klargestellt. Er teilte u. a. mit, daß die Landwirtschaftskammer ohne weiteres die großen Verdienste des Herrn Reichspräsidenten um die Provinz Ostpreußen und ihre Landwirtschaft erkenne, ebenso wie den aufrichtigen Willen, der Landwirtschaft zu helfen. Sie wüßte nur eine Änderung des Systems dahingehend, daß

dem Reichspräsidenten mehr Machtmittel in die Hand gegeben werden, damit er in der Lage sei, seinem Willen, der ostpreußischen Landwirtschaft zu helfen, mehr Nachdruck zu verleihen.

Zur näheren Erklärung sei der nationalsozialistische Antrag, der mit 54 von 72 Stimmen angenommen wurde, zu einem, dem wichtigsten Teil in folgendem Wortlaut angeführt:

Der Geist der Notverordnung des Herrn Schlang, durch die Ausfuhrbestimmung wiederum zur Wirkungslosigkeit abgeschwächt, hetzt alles im Lande gegeneinander: Kaufmann gegen Landmann, Landmann gegen Genossenschaft, Arbeiter gegen Arbeitgeber, Westen gegen Osten. Eine ungeheure Kluft wird aufgerissen; das kapitalistische Recht vom kapitalistischen Staat gebrochen — aber keine Lösung der Probleme gefunden. — Von diesem Gesichtspunkte ist unsere Meinung getragen. Insbesondere gilt unsere Fürsorge dem Arbeiter als Stand. Wir versprechen ihm keine goldenen Berge. Unsere Armut wird erst später bei unserer Machtübernahme recht offenbar werden — wir wollen ihn auch nicht kaufen. — Wir sind im organischen Sinne sehr konservativ. Wir werden die Kammer bitten, sich mit einer Vorlage (Arbeiterseidung) zu beschäftigen, deren Grundgedanken die Vorlage des Generallandwirtschaftsleiters Kapp aus dem Jahre 1908 darstellt. Darüber hinaus aber sehen wir es als unsere Pflicht an, gerade auch an dieser Stelle die Beseitigung des heutigen Systems verlangend anzusprechen. Wir wissen dem Feldmarschall v. Hindenburg Dank, daß er uns 1914 die vorübergehend verlorenen Arbeitsstätten durch die preußischen Bataillone wieder erobert hat. Wir sehen aber auch zu unserem Schmerz, daß die Schlacht von Tannenberg wieder verloren ist, da tausende von Bauern und Arbeitern unter seiner Präsidentschaft ihre Heimat auf ewig verloren haben. Wir wissen, daß der Herr Reichspräsident mit dem Herzen bei uns ist. Umsomehr erkennen wir aber die Kraft des Systems, die seinem Streben zur Hilfe zuwiderläuft. Deswegen sehen wir nur einen Ausweg, und diesen tragen wir in Form eines Antrages der Vollversammlung als dringendsten Notschrei der Provinz vor. —

Hierzu schreibt das Königsberger Nazi-Blatt, die Preußische Zeitung:

„Es hat geblitzt! Es mutet aber eigentümlich an, daß der Herr Präsident Brandes nunmehr nachträglich diese Dinge anders verstanden haben will, und zwar so, daß unser Antrag dahin gegangen sei, dem Reichspräsidenten mehr Machtmittel in die Hand zu geben, damit er in der Lage sei, seinem Willen, der ostpreußischen Landwirtschaft zu helfen, mehr Nachdruck zu verleihen. Jeder politisch urteilsfähige Mensch in Deutschland wird sich sagen, daß das niemals der Sinn eines nationalsozialistischen Antrages sein kann. Wir verkennen wahrhaftig nicht, daß Herr von Hindenburg das Gute will, aber unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen das politische Gefährliche durch seine Unterschrift decken muß.“

Wir wünschen deshalb, daß Herr von Hindenburg nicht als Politiker, sondern als ruhmreicher Mann mit einer soldatischen Vergangenheit seinen Lebensabend verbringt.

Wir wünschen daher, durchdrungen von dem Gedanken, daß nur ein Wandel des ganzen Systems helfen kann, daß Hindenburg sein politisches Amt niederlegt.“

Das konservative Blatt, die Ostpreußische Zeitung, schreibt in aller Kürze: „Wenn die Nationalsozialisten mit ihrem ersten Auftrittstag in der Landwirtschaftskammer einen Erfolg verbuchen können, so ist es höchstens der, daß sie dadurch, daß sie allein zehn Entschlüsse einbrachten, die Sitzung um gute zwei Stunden verlängerten.“

Demgegenüber schlägt das volksparteiliche Organ, die Allgemeine Zeitung, seine bekannten pflaumenweichen Töne an und meidet:

„Wir freuen uns, daß durch das Schreiben des Präsidenten Brandes eine leidige Angelegenheit erledigt wird, die in der Tat zu Mißverständnissen Anlaß geben konnte. Die Verdienste des Feldmarschalls und Reichspräsidenten um das deutsche Volk sind über jeden Zweifel erhaben. Angesichts der besonderen historischen Verdienste des Reichspräsidenten um Ost-

preußen, angesichts der weiteren unbestreitbaren Verdienste des Reichspräsidenten um die Landwirtschaft und insbesondere um die Osthilfe, die durch seine Märzbotschaft von 1930 in Flut kam, hatte der Beschluß der Landwirtschaftskammer, wenn er eine Rücktrittsaufforderung sein sollte, in der Tat leicht als Undankbarkeit der Heimat Hindenburgs ausgelegt werden können. Er hätte umsoher Aufsehen erregen müssen, als die ostpreußische Landwirtschaft sich in ihrer Verehrung für den Reichspräsidenten bisher stets einig war, als den Reichspräsidenten zahlreiche persönliche Beziehungen mit den Führern unserer Landwirtschaft verbinden und als gerade auch das Gut Neudeck ihm aus den Gefühlen der Dankbarkeit heraus auf Veranlassung der ostpreußischen Landwirtschaft geschenkt

wurde. Wir begrüßen die schnelle Erklärung des Präsidenten Dr. Brandes und stellen mit Befriedigung fest, daß der Antrag keine Demonstration gegen den Reichspräsidenten, den größten Sohn Ostpreußens, bedeuten sollte.“

Die Volkszeitung, das SPD-Blatt, bemerkt zu dem Vorfalle folgendes:

„Eine echte Nazierklärung, die vor Eigenlob stinkt und zu Hitler in jeder Beziehung paßt. Aber Gott sei Dank ist Ostpreußen noch nicht Deutschland. Der Reichspräsident möge aus der Erklärung die Lehre ziehen, daß die, für die er in den letzten Jahren am meisten getan und sich immer wieder eingesetzt hat, die undankbarsten Bürger dieses Staates sind und bleiben werden. Sie bekommen den Hals nie voll.“

Der Kampf gegen Hitler

Wie konnte es kommen, daß selbst in einem solch ausgesprochenen Industriegebiet wie dem rheinisch-westfälischen die Hitler-Bewegung eine beträchtliche Stärke erreichte? Gewiß sind hier dem Faschismus Grenzen gezogen, die ein Resultat wie bei den hessischen Landtagswahlen ausschließen, aber daß die faschistische Bewegung größere Massen sammeln und selbst in proletarischen Schichten Fuß fassen konnte, ist Grund genug, sich etwas eingehender damit zu beschäftigen.

Zunächst ist festzustellen, daß die Arbeitermassen im Industriegebiet nichts Einheitliches darstellen. Allesamt sind sie zwar Proletarier, stammen aber — und das hängt mit der sprunghaftigen Entwicklung der Industrie in der Vorkriegs- und Kriegszeit und in der Periode der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit zusammen — zum großen Teil aus Gegenden, die von der modernen Arbeiterbewegung ziemlich unberührt geblieben sind. Mit ihren Auffassungen wurzeln sie noch in der außerhalb des Industriegebiets gelegenen Heimat, wo der Gutsherr und der Pastor zu bestimmen und die anderen zu gehorchen haben. Diese Schichten organisatorisch zu erfassen, war sowohl den freien Gewerkschaften als auch den politischen Arbeiterparteien fast unmöglich. Landsmannschaftliche Vereine, Militärvereine, sogenannte Arbeiterbildungsvereine und gelbe Werkvereine waren der Boden, auf dem sie sich zusammenfanden und deren Tendenz ihr Denken und Fühlen beeinflusste. Der Herr Unternehmer wünschte es so, und der Meister gab diese Wünsche in Form von Befehlen weiter. Das war das sogenannte patriarchalische System der Vorkriegszeit, das auch heute noch nicht verschwunden ist. Verschlimmert wurde die Sachlage durch das konfessionelle Moment, das der katholische Klerus hineintrug und das in den christlichen Gewerkschaften seinen stärksten Ausdruck fand.

Unter dem Schwung der Nachwirkungen des 9. November 1918 wurden die Schranken zwischen der Arbeiterschaft beiseite gefegt. Die gehorsamen Sklaven von gestern bäumten sich auf, ja, gerade sie wurden die lautesten Rufe gegen die Herren von gestern. Die Parole „Sozialisierung des Bergbaues und der Schlüsselindustrien“ wirkte Wunder. Eine neue Welt tat sich auf. Die Autorität der Unternehmer und der Meister brach zusammen. In den Verkündern der Sozialisierung erblickten jene zurückgebliebenen Schichten die neue Autorität. Statt aber die Sozialisierung in Angriff zu nehmen, machten ihre Verkünder eine neue Kehrtwendung. Die Sozialisierungsplakate wurden mit Plakaten ganz anderen Inhalts überklebt, Noskes Soldaten rückten ein.

Das war die erste bittere Enttäuschung für diejenigen, die sich den neuen Autoritäten zugewandt hatten. Die Klassenautorität, die sich zu bilden begonnen hatte, bekam einen Riß. Und der Riß wurde nicht verengt durch die Vorgänge die sich nach der Niederwerfung des Kapp-Putsches und nach dem Attentat auf Rathenau abspielten. Keine der damals den Arbeitern gemachten Versprechungen wurde erfüllt.

Hatten auf der einen Seite die Sozialdemokratie und die mit ihr liierten Leitungen der freien Gewerkschaften versagt und dadurch

die Arbeiter enttäuscht, so vermochten auf der anderen Seite die Revolutionsromantik der Kommunisten, ihre besonders im Ruhrgebiet geübte Streiktaktik, ihre ständig wechselnden Parolen jene ideologisch unklaren Teile der Arbeiterschaft ebensowenig zu sammeln. Sie wurden wieder schwankend und haltlos, sie fanden sich wieder zusammen in ihren landsmannschaftlichen Vereinen, ihren Militärvereinen. Und das Unternehmertum wußte sie mit Hilfe der zahlreichen ehemaligen Offiziere und Freikorpsführer, die auf den Zechen und Hütten Anstellung gefunden hatten und ihrerseits bei der Einstellung der Arbeiter mitentscheidend waren, wieder für gelbe Werkvereine und nationale Arbeitervereine zu gewinnen.

Und jetzt hakte Hitler ein. Durch seine unablässige Agitation, gespeist aus den reichlich fließenden Kanälen der Schwerindustrie und des Zechenkapitals, suchte er den Arbeitern einzuhämmern, daß die Sozialdemokratie weder nach der Revolution noch nach dem Kapp-Putsch ihre Macht im Interesse des Proletariats ausgenutzt hätte. Wenn es den Arbeitern heute so schlecht ginge, trotzdem die Sozialdemokratie in allen Amtsstuben sitze, so sei dies nur auf das „marxistische System“ zurückzuführen, das die Sozialdemokraten uns beschert hätten. Das ist zwar widerspruchsvoll, aber weil es nun einmal „unser Staat“ ist, den die Arbeiter nach sozialdemokratischer Auffassung zu verteidigen haben, und weil die Sozialdemokratie dauernd Positionen mit Machtpositionen des Proletariats verwechselte, konnte Hitler mit seiner Argumentation auf unaufgeklärte Schichten Eindruck machen und selbst Arbeiter an sich locken.

Wie sie den Nationalsozialisten wieder entreißen? Die Sozialdemokratie vermag es nicht. Nie ist politisches Vertrauen so verwirtschaftet worden wie durch diese Partei, durch ihre Tolerierungspolitik, nie sind Wahlparolen und Wahlversprechungen so ins Gegenteil umgekehrt worden.

Weil dem so ist, erwächst der Sozialistischen Arbeiterpartei im Industriegebiet eine um so größere und dringlichere Aufgabe im Kampf gegen die faschistische Bewegung. Sie ist nicht kompromittiert, weder durch „staatsmännische Politik“, die heute zum Kinderspiß geworden ist, noch durch Revolutionspielerei. Das fühlt auch die Hitlerpartei. Deshalb verbreitet sie in großen Massen ein Flugblatt, das sich ausschließlich mit der SAP befaßt. Weil man aber gegen das Programm der SAP nichts zu sagen vermag, zieht man lediglich die alten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie heran und sucht SAP mit SPD gleichzusetzen. Aber dieser Schwindel zieht nicht. Wir sind keine Sozialdemokraten, wir gieren nicht nach Positionen, wir sind auch keine Partei der Bonzen. Was wir erstreben, ist das sozialistische Ziel. Dieses herauszustellen, nicht einen Zoll breit von unserm sozialistischen Weg abzuweichen, ist unser einziges Streben. An diesem Ziel, an diesem Streben wird auch die Demagogie Hitlers zerschellen, und auf diesem Wege werden wir ihm die proletarischen Schichten wieder entreißen, die er an sich zu locken verstanden hat.

Düsseldorf

Gewerkschaftsversammlung der SAP. Am Dienstag tagte im Lokal Tannus eine Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder unserer Partei. Es wurden die Aufgaben in den freien Gewerkschaften besprochen. Der reformistische Kurs in den Gewerkschaften muß geändert werden. Wir brauchen Kampforganisationen und keine Unterstützungsvereine. Die enge Verbindung von SPD und Gewerkschaften droht der Arbeiterschaft zum Verhängnis zu werden. Um all dieses zu ändern, müssen unsere Genossen in den freien Gewerkschaften aufs engste zusammenarbeiten. In dieser Arbeit wollen wir uns aber nicht nur auf unsere Parteimitglieder beschränken, sondern mit allen Gewerkschaftskollegen zusammenarbeiten, die ehrlich den jetzigen Kurs ändern wollen. Einheitlichkeit bestand in der Auffassung, daß ein Zusammengehen mit der RGO nicht in Frage kommt. Gewünscht wurde, daß auch im Reich die Gewerkschaftsfunktionäre unserer Partei in engere Fühlung kommen. Es wurde eine Gewerkschaftskommission gebildet, in der Parteimitglieder der verschiedenen Fachverbände vertreten sind.

Strafe für Nazimesserhelden. Im Monat September wurden in der Königsallee zwei Angestellte der Firma Tiets und von zwei Nationalsozialisten angerempelt und in eine Schlägerei

verwickelt. Hierbei wurde der zwanzigjährige Angestellte Edgar Meyer durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Gegen die Nazimesserhelden fand dieser Tage in Düsseldorf eine Verhandlung statt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den 22-jährigen Martin von der Weiden wegen gefährlicher Körperverletzung und verbotenen Waffenbesitzes ein Jahr und neun Monate Gefängnis. Den Angeklagten von Knechten beantragte er, mangels Beweises freizusprechen. Im Urteil folgte das Gericht dem Antrage des Staatsanwaltes.

Gütersloh

Die Gründung einer Ortsgruppe der SAP ist erfolgt. Es war eine Anzahl bekannter Genossen, die mit der Tolerierungspolitik der SPD unzufrieden waren, eingeladen und der Einladung nachgekommen. Die Versammlung wurde vom Genossen Blank eröffnet. Genosse Dörfler, Bielefeld, referierte in Vertretung des anderweitig in Anspruch genommenen vorläufigen Bezirksleiters über das Thema „Warum SAP?“ und über Zweck und Ziel der SAP und die Stellung zu den anderen Parteien. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an, die zur Klärung noch mancher Frage beitrug. Mit dem vorläufigen Vorsitz wurde der Genosse Ernst Blank betraut. Der Erfolg der Versammlung waren

mehrere Uebertritte von der SPD und Neuaufnahmen. — Wer den schwierigen Boden in Gütersloh kennt, weiß den Erfolg als gut zu bewerten. Im Januar ist eine zweite Versammlung geplant, und wir hoffen, dann unseren Mitgliederbestand zu vermehren.

Hannover

Der Fall Scholz: ein Fall der SPD. Gegenwärtig laufen im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags Verhandlungen über die Tätigkeit des früheren Landrats des Kreises Linden, Dr. Scholz. Die Sozialdemokratische Partei, die diesen mit politischer Intelligenz nicht belasteten, ehrgeizigen Inhaber eines SPD-Mitgliedsbuches im Februar 1927 aus der Ruhmlosigkeit amtsrichterlicher Würde in Berlin hervorholte, um ihn zum erfolgreichen Kandidaten für den Landratsposten des Landkreises Linden zu erheben, veranlaßte im Dezember 1927, nach neun Monaten seine Wiederberufung. Seit dieser Zeit steht Scholz als offener Arbeiterfeind im Lager der Deutschen Nationalen. Ueber die „sozialistische“ Gesinnung des Dr. Scholz enthüllt der sozialdemokratische „Volkswille“ ein dem Parteigenossen lanre verborgenes „Geheimnis“ der Parteinstanzen. Der „Volkswille“ vom 17. 12. schreibt wörtlich: „Scholz, der damals ein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei in der Tasche hatte, in Wirklichkeit aber kein Sozialdemokrat sondern ein Querulant war, setzte diese Tätigkeit nach seiner Entlassung fort.“ Diese Charakteristik von Scholz ist gleichzeitig eine noch treffendere Kennzeichnung der SPD. Trotz dieser Erkenntnis ebnete die SPD-Bürokratie diesem Reaktionär den Weg nach oben! Das war nur möglich unter Ausschaltung der Parteidemokratie, des Bestimmungsrechts der Mitgliedschaft. Die Kandidatur Scholz war getragen weder vom Willen der Mitgliedschaft der Berliner Parteibteilung noch der Parteigenossen seines neuen Wirkungskreises. Dieser für die proletarische Bewegung nicht nur gesinnungsfremde, sondern auch unfähige Dr. Scholz wurde ganz kurze Zeit vor seiner Abberufung vom hannoverschen Parteivorstand noch einmal der Öffentlichkeit auf der Revolutionsfeier im November 1927 als Redner präsentiert. Statt einer Revolutionsrede erklang eine sentimental-langweilige Kriegs- und Stacheldraht-Gedächtniserzählung.

Stralsund

Der „Stadtreisende“ der Staatspartei möge! Wir müssen feststellen, daß der einzige Vertreter der Staatspartei im hiesigen Stadtparlament, der Kaufmann Siewert, es nicht so sehr genau mit der Realität nimmt. Er will aber immer zu den ganz einwandfreien Kaufleuten gehören. Nun mußte er sich wegen „Mogelei“ vor dem hiesigen Amtsgericht verantworten, da er verdorbenen Wein feilgehalten und auch Wein falsch bezeichnet hat. Hierfür muß er 2000 RM. Geldstrafe zahlen. Er nennt sich gern „Stadtreisender der Staatspartei“, weil er die „ganze Mitte“ in der Öffentlichkeit vertritt. Aber diese Mitte ist bald garnichts mehr, denn Siewert pendelt immer hin und her. Bei Hausbesitzerinteressen stimmt er mit der Rechten, und wenn er keinen Schaden hat, geht er auch einmal mit der Linken. Er gibt leider sehr oft den Ausschlag, und hierdurch fühlt er sich sehr stark. „Wir von der Mitte bedeuten sehr viel“, ist sein beliebtes Wort. Aber wie lange noch?

12 000 RM. Winterhilfe für die Erwerbslosen. Das Bürgerschaftliche Kollegium beschloß einstimmig, die im Etat eingesetzten 12 000 Mark für die Erwerbslosen zu bewilligen und noch vor Weihnachten zur Auszahlung bringen zu lassen. Hoffentlich stimmt der Rat der Stadt diesem Beschluß zu, damit den Erwerbslosen wenigstens eine kleine Hilfe wird.

Fleischverbilligung für Unterstützungsempfänger. Im Rahmen der Fleischverbilligungsaktion des Reiches gibt das Wohlfahrtsamt für die Unterstützungsempfänger und Kriegbeschädigten Bezugsscheine aus. Hierdurch kann der Bezahler in der Woche ein Pfund Fleisch beziehen, das 30 Pfg. billiger ist. Diese „Hilfe“ lindert die Not keineswegs. Alle Pflaster nützen nichts mehr, nur eine Änderung des Systems kann Rettung bringen. Rettung aber ist: Arbeit für die Unterstützungsempfänger.

Putbus

Neuer Gemeindevorsteher. An Stelle des bisherigen Amts- und Gemeindevorstehers, gegen den ein Verfahren wegen Unterschlagung schwabte, wurde in der letzten Gemeinderatssitzung der bisherige erste Schöffe, der Sozialdemokrat Burwitz, zum kommissarischen Amts- und Gemeindevorsteher gewählt. Burwitz ist der einzige Vertreter der Arbeiterschaft in der Gemeindevertretung.

Demmin

Schwerer Autounfall. Infolge Schneetreibens geriet das Auto eines Berliner Geschäftsreisenden auf der Chaussee Demmin-Stavenhagen ins Schleudern. Es fuhr gegen einen Baum, und der Fahrer wurde sehr schwer verletzt. Er litt Oberarmbruch, Kieferverletzungen und Glasschnittwunden. Sein Zustand ist bedenklich.

Organisations-Nachrichten

SAP Düsseldorf. Mitteilerversammlung Dienstag, 29. Dez., 20 Uhr, im Lokal Tannus, Wehrhahn 70. Referat: Gen. Stüdtel.

SAP Köln. Stadtkellerei Ehrenfeld-Bielefeld. Montag, 21. Dez., 20 Uhr, im Lokal Frankenhoven, Schmitzstraße 28, Versammlung. Tagesordnung: 1. Referat des Gen. Amann: „Die 4. Notverordnung“; 2. Verschiedenes.

Sportschau der SAZ

Holländische Handballer in Osnabrück

Die Städtemannschaft Amsterdam des Niederländischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes wird am ersten Weihnachtsfeiertag in Osnabrück ihr erstes Deutschlandspiel gegen die erste Handballmannschaft des Vereins „Freie Schwimmer“ Osnabrück austragen. Das Spiel, das ein hochinteressantes und auch sportlich ausgezeichnetes zu werden verspricht, beginnt um 15 Uhr auf dem Sportplatz Schölerberg.

Handballsport in Delitzsch

Der Delitzscher Sportklub 1920 hat heute auf seinem Platz drei Mannschaften von Gräfenhainichen zum Rückspiel zu Gast. Die erste Mannschaft mußte in Gräfenhainichen eine 7:0-Niederlage einstecken, hat also allen Grund, sich zusammenzunehmen. Dieses Spiel beginnt um 14 Uhr. Die 2. Sportklubmannschaft spielt gegen die gleiche Gastmannschaft um 12.30 Uhr, während die 3. Mannschaften sich bereits um 11 Uhr treffen. Alle Spiele finden auf dem Sportplatz an der Luisenschule statt.

Die Jugend fährt nach Leipzig, um gegen Vorwärts-West-Jugend ein Freundschaftsspiel auszutragen.

Am 3. Januar findet im Vereinslokal „Goldener Stern“, nachmittags 2 Uhr, die Generalversammlung statt.

Am 1. Weihnachtsfeiertag, abends 8 Uhr, im Lindenhof große Sportweiberveranstaltung, die von allen dem Sport- und Kulturkartell angeschlossenen Vereinen ausgeführt wird. Wir bitten schon jetzt, den Tag freizhalten zu wollen.

Die Jugendabteilung Siemensstadt der Freien Schwimmer Groß-Berlin

veranstaltet am Sonntag, dem 20. Dezember 1931, eine **Schutzjagd**. Treffpunkt um 9 Uhr bei Marsand. Gäste und ältere Genossen können teilnehmen. Unkosten entstehen nicht. Der Jugendleiter.

Wasserball-Serienspiele

Mit zwei Spielen wird die Serie in dieser Woche fortgesetzt. Am Sonnabend, 21.30 Uhr, trifft Spandau auf Lichtenberg. Das Spiel erscheint offen. — Neukölln spielt am Sonntag gegen Hellas und hat wenig Aussichten. Beginn dieses Spiels um 16 Uhr. Austragungsort wie üblich im Lunabad, Halensee.

Frauenturnen im Bezirk Zwickau

Da die Drucklegung der Jahrespläne erst mit der Jahresberichte erfolgt, werden hiermit die Frauenturnerinnen der Bezirksvereine aufgefordert, unverzüglich mit ihren Turnplänen Stellung zu nehmen zu den überall von Januar bis März durchzuführenden Werbeaktionen. Ob Frauenversammlung mit Vortrag, Lichtbild- oder Filmvorführung veranstaltet werden, bleibt den Vereinen überlassen.

Noch vor Ablauf des alten Jahres muß an die Bezirksleitung, Alfred Kaseberg, Zwickau, Innere Dresdner Straße 1, Tag und Art der Aktion berichtet, sowie die Redner angefordert werden. Überall sprechen nur Mitglieder der Bezirksleitung und des Frauenausschusses. — Genossinnen und Genossen, halter Pünktlichkeit mit dem Meldetermin, damit genaue Einteilung vorgenommen werden kann.

Schokoladen - Vertrieb

Buch & Werner, Zwickau
 1. Filial: **Innere Chausseeburger Str. 13**
 2. Filial: **Nordstraße 13**
 3. Filial: **Winkelstraße 49**
 4. Filial: **Außere Plauenische Str. 13**
 Hauptgeschäft:
Wilhelmstraße 11, Fernruf 2015
 Groß- und Kleinverkauf

Organisations-Nachrichten

SAP

Ortsgruppe Neukölln. Mitgliederversammlung Dienstag, 22. Dez., 20 Uhr, in den Bürgerkäsen, Bergstr. 147. Thema: „Unser Kampf gegen den Faschismus.“
Ortsgruppe Köpenick. Abteilung Falkenberg-Bohnsdorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 22. Dez., 19½ Uhr, im Gemeinschaftshaus, Falkenberg (Gutshof).
Ortsgruppe Tempelhof-Marliendorf. Mitgliederversammlung Montag, 21. Dez., 19½ Uhr, Thema: „Die Lehre der russischen Revolution.“

Bezirksverband Berlin. Erweiterte Bezirksvorstandssitzung Sonntag, 20. Dez., 14 Uhr, in Süds Bierhaus, Kommandantenstr. 50, Ecke Oranienstr. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Freie Spielleute Neukölln. Übungsstunde jeden Dienstag, 20-22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24. Interessenten für Trommeln, Pflöten, Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vors. Karl Schenk, Karlshagenstr. 18, Techn. Leiter Richard W. Schultz, Mantelstr. 16.

Ortsgruppe Wedding. Bildungskursus der Gen. Fabrik: „Die Theorie der soz. Revolution.“ — Dienstag, 22. Dez., 19½ Uhr, Lokal Barleben, Burgdorferstr. 13, Eingang Waldenwegstr.

Ortsgruppe Mitte. Dienstag, 22. Dez., Mitgliederversammlung, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. Thema: „Unsere Arbeit in den Gewerkschaften.“ Ref. Gen. Jacobsen.



Nachrichten des Bezirke Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Sonntag, 20. Dezember:

Falkenberg: Heimabend.
Neukölln IV: Heim, Steinmetzstr. 146. — Lustiger Abend.
Siemensstadt: Wir beteiligen uns an der Schutzjagd der Freien Schwimmer, Treffpunkt 9 Uhr bei Marsand.
„Roter Sturm“ u. „Rote Pflöte“: Ueben um 10 Uhr an bekannter Stelle.
Unterbezirk Tempelhof: 20 Uhr, Heimabend. Sturmkapelle übt.

Reichsausschuß des SJV: Wir brauchen Quartiere für eine Nacht am 25. Dezember. Sofort an Prenzlauer Allee melden.

Montag, 21. Dezember, 19.30 Uhr: Charlottenburg-Mitte. Heim bekannte Stelle. „Konkordat und SPD.“

Falkenberg. Liedabend.
Hease. Heim, Schleswiger Ufer 16. — Bunter Abend.
Mitte-Nord „Ernst Toller“: Heim, Elisabethkirchstr. 19. Kampflieder-Abend.

Moabit. Heim, Lehrter Str. 18/19. Tagespolitik.

Reinickendorf-Ost. Heim, Kopenhagener Str. 24. Proletarische Feierstunde.

Süd-West. Lokal Schuster, Chamissoplatz 5. Tagespolitik.

Weißensee „Karl Marx“: Proletarische Sonnenwende.

Aktionsbezirk West. A.-B.-Vorstands-Sitzung in Chbg., Schillerstr. 5, bei Donau (Fahrverbindung bis Wilhelmplatz). **Schwerwichtige Tagesordnung!**

Bezirkskonferenz Brandenburg. Am 20. Dez., 10 Uhr, hält der Bezirk Brandenburg-Grenzmark seine erste Bezirkskonferenz ab, die im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34, Berlin, stattfindet. Die Tagesordnung sieht u. a. einen Bericht über die Lage im Bezirk vor, sowie ein Referat des Gen. M. Schwarz von der Reichleitung: „Die politische Situation und die Aufgaben der Jugendarbeiterschaft“. Besonders wichtig sind die Wahlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Will Schaber**, für Inserate: **Johannes Hoffmann**, Verlag: **Stenel Zeitungsverlag**, m. b. H., Druck: **Georg Kornig** sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 16/18.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreise für einen Monat durch die Speditionen: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.40 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzhand: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.80 Porto.

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Stenel Zeitungsverlag“, m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volksbühne

Thema u. Bühnen:
 D 4, Norden 2946
 8 Uhr:
 Die Großherzogin
 von Grolstein
 25., 26., 27., nachts, 3 Uhr
 Kampf um Kitzsch

Kauft bei unseren Inserenten

Jede Ortsgruppe Jeder Funktionär

Jedes Mitglied der SAP. muß zu dem auf dem Parteitag zu beschließenden Organisationsstatut Stellung nehmen. Wertvollste Unterlagen für die Diskussion über das Organisationsstatut bietet das 2. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“

„Die Organisation im Klassenkampf“

Der Parteivorstand gibt, um den Genossen Motive zur Diskussion und zur grundlegenden Durcharbeitung des Problems zu geben, den Mitgliedern der SAP dieses wichtige Buch vor Weihnachten zum außergewöhnlich ermäßigten Organisationspreis von

Mark 1.75 ab (statt Mk 4.75).

Bestellungen sind zu richten an die

„Freie Verlagsgesellschaft“

Berlin - Tempelhof, Hohenzollerndamm 67.

Neueröffnung Neueröffnung

Auf vielseitigen Wunsch habe ich mich entschlossen, eine Niederlassung meines Heilinstitutes in **Charlottenburg, Kurfürstendamm 47**, zu eröffnen

+ Gesundheit +

durch meine kombinierte Doppelbestrahlung

Rühmlichst bekannt durch große Erfolge bei Behandlung von Leberleiden, Kehlkopf- und Lungenleiden, Asthma, Magenleiden, Ischias, Neuralgie, Schuppenflechte, Hautkrankheiten, Bettlägerigen und Appetitlosigkeit bei Kindern, Gallensteinen, Heil-leiden, Lupus, Lähmungen, Nervenleiden, Haarausfall, Entfettungskuren, Kropf-Schwerhörigkeit, epileptische Anfälle usw., Unzählige Dankschreiben geheilter Patienten stehen zur Verfügung. Zeitdauer jeder Bestrahlung etwa 1 Stunde zu zeitgemäßen Preisen von M. 3,50

Bestrahlungs - Institut JUSKA

Charlottenburg, Kurfürstendamm 47, Telefon: Bismarck 3475
 Meine Institute stehen unter ärztlicher Leitung

Niederlassungen in Breslau, Liegnitz, Waldenburg, Schwelbitz, Oppeln, Beuthen O.-S., Gleiwitz, Hindenburg O.-S., Ratibor, Neisse O.-S.



Sachsen



GEG - Zigaretten GEG - Zigarren GEG - Zigarillos

sind nicht nur sehr preiswert und jeden Tag gern gesehen, sondern sind auch in den ansprechend. Geschenkpackungen

sehr beliebte Weihnach'geschenke

Smarra 2 1/2 Pf. Iris 3 1/2 Pf.
 Neptun 4 „ Phantis 4 „
 Kisil 5 „ Gastaide 6 „

Bezirksskonsum

u. Sparverein Vogtland-Plauen
 Warenabgabe nur an Mitglieder!

Haumann
 Nähmaschinen
 günstigste bei Urban
 L 5 Bau, Altmarkt 15 und Reichsplatz 5

Wir leben gesund, praktisch u. billig durch **Qualitäts-Erkenntnis**
Reformhaus Löbau
 Spezialgeschäft für neuzeitliche Ernährung und vernünftige Körperpflege
 Äußere Bantzener Straße 17, Ruf 2180

Kleinräucher- Aale / Ulsardinen
 sämtl. Fisch-Marinaden u. Konserven — Seefrüchte
 empfiehlt zum Fest und Silvester
Albin Sander, Löbau

Schutzbund - Hemden
 dunkelblau, mit rotem Binder, waschecht, **Stück RM 3,-** bei sofortiger Kasse, Abnahme von zwei Dutzend an liefert **Hemden-Fabrik Sandshülbel L. 33.** Schließfach 10

Werbt für die **SAZ**

Schutzbund - Hemden

dunkelblau mit rotem Schlops, waschecht Stück RM 3 —, bei 2 Dtzd. RM. 2.90 gegen Kasse liefert

M. Cohen, Essen
 Luisenstraße 27

Rote Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint **Bd IV Sozialistische Programme und die SAP** zur Programmdebatte der SAP von Anna Siemsen in Vorbereitung. **Bd V Gewerkschaften im Klassenkampf**

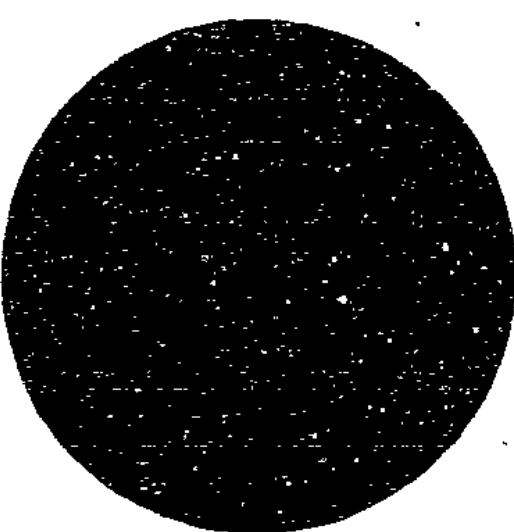
Preis für Mitglieder 3,- (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4.75.

Freie Verlagsgesellschaft
 Berlin - Tempelhof, Hohenzollerndamm 67

Bezirk Düsseldorf

Zum **Weihnachtsfeste**

sind sich die Hausfrauen in einem Punkte ganz klar!



Sie kaufen sehr preiswert, gut und mit 5% Rabatt ihre

Lebensmittel bei Otto Mess

Schwere Belastungen der Nazis

Der Westen meldet:

In Gütersloh wurde eine Ortsgruppe gegründet, der sich sofort eine Anzahl von früheren SPD-Mitgliedern und Indifferenten anschloß.

In Werden bei Essen ist unsere Ortsgruppe innerhalb kurzer Zeit auf 70 Mitglieder angewachsen.

Neues aus Oberschlesien:

In Schomberg wurde eine Ortsgruppe gegründet, der die aktivsten Genossen der SPD beitraten.

In Beuthen meldeten sich in einer einzigen Mitgliederversammlung 12 Genossen als neue Mitglieder an. Auch der SJV. wächst dauernd.

Bayern hat Ueberfluß an Geld!

4 Millionen werden den Besitzenden geschenkt München, 18. Dezember

Die bayrische Notverordnung, die am Sonnabend veröffentlicht wird, macht die Gehaltskürzungen teilweise rückgängig, schafft vorteilhafte Sondervorschriften für den Geldentwertungsausgleich beim Hausbesitz und sichert die Landwirtschaft davor, daß sie an der Belastung durch die Schlachtsteuer teilhaben muß.

Alle Bestimmungen, die einige Monate lang die Dienstbezüge der bayerischen Beamten über das Maß der Kürzung im Reich hinaus gesenkt haben, werden aufgehoben. Die neuen Gehälter werden vom 1. Februar 1932 eingeführt.

Mit dem Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken kommt die bayerische Regierung dem Hausbesitz weiter entgegen als die Vorschriften der Reichsnotverordnung vorsehen. Auch die über 40 Prozent des Friedenswertes durch Hypotheken belasteten Grundstücke werden mit 8,6 Prozent der Friedensmiete an Geldentwertungsabgabe entlastet werden, während die vollständige Abgeltung bei diesen nur 6 Prozent der Friedensmiete erfordern würde. 0,6 Prozent sind also ein reines Geschenk an die Hausagrarier. Die Regierung gewährt ferner dem Grund- und Hausbesitz einen weiteren Vorteil dadurch, daß die Senkung der Geldentwertungsabgabe nicht erst, wie die reichsrechtliche Regelung vorschreibt, vom 1. April 1932, sondern bereits vom 1. Januar 1932 ab erfolgt.

Bei der Schlachtsteuer trägt die neue Notverordnung den Wünschen der landwirtschaftlichen Genossenschaften Rechnung, die den Schutz des Vieherzeugers gegen eine Abwälzung der Steuer auf ihn zum Ziel haben.

Die Regierung erklärt, sie verzichte damit auf eine steuerliche Einnahme in Höhe von 3 bis 4 Millionen RM., von der sie hoffe, daß sie durch anderweitige Besserung des Staatshaushalts ausgeglichen werde.

Anderweitige Besserung des Staatshaushalts — also wohl neue Massensteuern, durch die das Millionengeschenk an die Besitzenden wieder hereingebracht wird. — Und die Arbeiter schweigen?

Die „eiserne Front“ bröckelt

Berlin, 19. Dezember.

Unter der Überschrift „Die eiserne Front gegen die Nazis“ berichtet der „Vorwärts“ über eine Funktionärversammlung in Neukölln, in der Kurt Heining referierte. Der Bericht kann weder verschweigen, daß in der Diskussion die „Gegner der Tolerierungspolitik ausgiebig zu Wort kamen“, noch daß ein Mißtrauensantrag gegen die Reichstagsfraktion eingebracht wurde.

Die Mitgliedschaft der SPD stellt sich offenbar eine „eiserne Front“ doch ein wenig anders vor als die Reichstagsfraktion.

Freiheit, die ich meine . . .

Berlin, 19. Dezember.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ erklärte in einer Mitgliederversammlung der SPD der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stampfer:

„Ich weiß genau, Lohn verloren, viel verloren, aber ich sage: Freiheit verloren, alles verloren.“

Welche Freiheit meint Stampfer eigentlich? Die Freiheit des Proleten, von der schon Karl Marx gesagt hat, sie sei die Freiheit, zu verhungern?

Diätenkürzung

Stuttgart, 16. Dezember.

Der Aeltestenrat des württembergischen Landtages hat beschlossen, die bereits auf 288 Reichsmark gesenkten Diäten weiter zu senken, und zwar auf 280 RM. den Monat, bei einem Zuschuß von 70 RM. für diejenigen Abgeordneten, die mehr als 20 Kilometer von Stuttgart entfernt wohnen. Eine Verringerung der Abgeordnetenzahl wurde abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag auf Entlohnung des Landtags.

Persien ist „zivillisiert“

Ein ehemaliges jüdisches Mitglied des Parlaments und ein Offizier wurden des Hochverrats für schuldig befunden, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Andere mitschuldige Offiziere erhielten Strafen zwischen 6 und 10 Jahren Gefängnis.

Bremen, 19. Dezember.

(Eigene Drahtmeldung)

In der Nachmittagsverhandlung wurde zunächst der Assessor Degert als Zeuge vernommen. Er hat nicht festgestellt, ob es sich bei den am Zusammenstoß Beteiligten um Zivilisten oder Uniformierte gehandelt habe. Er bringt gänzlich neue, aber keineswegs wahrscheinliche Momente in die Verhandlung. Auch dieser Zeuge ist ein klassisches Beispiel für die Tatsache, daß alle von der Naziverteidigung geladenen angeblichen Augenzeugen die Geschehnisse verschiedenartig darstellen. Immer wieder muß die Naziverteidigung durch Zwischenfragen ihre ganze Kunst aufbieten, um eine einigermaßen übereinstimmende Schilderung zu erreichen. Der nächste Zeuge Lüneburg hat, während alle übrigen Zeugen aussagen, daß sich zwei Fronten gebildet haben, auch noch im Rücken der Nazis angreifende Zivilisten wahrgenommen. Diese Aussage erregt sogar bei den beteiligten Nazis lebhaftes Verwunderung.

Der Genosse Pricelius sagt einwandfrei aus, daß die Nazis die Angreifer waren.

Eilmers, Kameradchaftsführer des Reichsbanners, hat als Teilnehmer an einer Radfahrerpatrouille festgestellt, daß die Polizei ohne jeden Grund auf die vor dem Arbeitersamariterheim stehenden Schutzbündler eingeschlagen hat. In der Tatsache, daß die Nazis, entgegen ihrer ursprünglichen Marschroute, zur Bornstraße zurückkehrten, erblickt der Zeuge die offenbare Angriffsabsicht der Nazis.

Karl Grobe, Vorsitzender der SAP, hat auf seinem Heimweg von der Schutzbündlerversammlung einen wohlorganisierten Aufmarsch der Nazis beobachtet, dem zweifellos der Plan der Umzingelung des Arbeitersamariterheims zugrunde lag. Die Nazis waren restlos mit schweren Schlagwerkzeugen ausgerüstet. Da es dem Genossen Grobe durch die Straßenabsperrung von seiten der Nazis nicht mehr möglich war, zu der bedrohten Schutzbündlerversammlung zurückzukehren, begab er sich zum Volkshaus, um von dem dort in Alarmbereitschaft liegenden Reichsbanner Hilfe herbeizurufen. Auf dem Wege zum Volkshaus beobachtete er, daß zahlenmäßig weit überlegene, schwer bewaffnete SA-Leute einen Trupp Reichsbannerleute verfolgten mit den Rufen: „Schlagt die Munde tot!“

Dann sah er wie ein Trupp von etwa 15 SA-Leuten wie die Bestien auf einen am Boden liegenden Reichsbannermann einschlugen und mit den Füßen auf ihn eintraten. Grobe ging mit einem unbekanntem Zivilisten dazwischen, holte den Besinnungslosen heraus

„und endlich ließen die Nazis“, so erklärte Grobe

„wie Tiere, die sich sattgefressen hatten, von dem Reichsbannermann ab“.

Durch Rückfragen und Feststellungen der Verteidigung wird bekannt, daß diesem

Reichsbannermann schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen zugefügt und ihm die Zähne im Munde eingetreten wurden. Wie immer bei Vernehmung eines SAP-Zeugen trat das Gericht in lange Beratung, ob man diesen Zeugen verurteilen wolle. Anscheinend zum größten Bedauern des Vorsitzenden konnte man dem Genossen Grobe jedoch nicht die geringste Beteiligung an den Zusammenstoßen nachweisen und mußte ihn verurteilen.

Eine scheinbar nazifreundliche Zeugin brachte zur allergrößten Ueberraschung der Naziverteidigung ungewollt einen untrüglichen Beweis, daß es sich um einen organisierten Umklammerungsversuch seitens der Nazis auf das Arbeitersamariterheim gehandelt haben muß. Durch alle Verwirrungsversuche der Naziverteidigung ließ sich die Zeugin nicht in ihrer Aussage wankend machen, daß die

SA-Leute aus verschiedenen Richtungen zum Tatort strömten.

Ein älterer Reichsbannermann erklärt, daß er vor einem außerordentlich starken Trupp von Nazis geflohen, aber verfolgt und eingeholt und dann geschlagen worden sei. Auch diese Tatsache zeugt von der ungeheuren Rohheit der Nazis, da der Zeuge ein greiser, kaum für ernstlichen Widerstand in Frage kommender Mensch ist.

Die Beweisaufnahme soll am Montagvormittag abgeschlossen werden und am Nachmittag wird noch der Oberstaatsanwalt zu seinem Plädoyer das Wort ergreifen. Mit dem Schluß des Prozesses ist somit am Montag oder Dienstag zu rechnen.

Sechster Verhandlungstag

Am sechsten Verhandlungstag wurde ein Vorfal, der mit dem bisher zur Verhandlung stehenden Zusammenstoß in der Bornstraße nicht im direkten Zusammenhang steht, beraten. Drei Reichsbannerleute werden beschuldigt, einen älteren Nationalsozialisten überfallen zu haben. Der Zeuge Frickriede, der als der Ueberfallene anzusprechen ist, erzählt zunächst etwas von Reichsbannerrollkommandos. Das Rollen bestand allerdings nur im Radfahren. Der Zeuge belastet den Reichsbannermann Osterlow außerordentlich schwer. Die nächste Zeugin bestätigt im wesentlichen die Aussage des Frickriede. Nach Gegenüberstellung mit dem Angeklagten erklärt sie, den Schutzbündler Mauerhoff wieder zu erkennen. Die Zeugin behauptet, daß der Angeklagte Windjacke und Koppelriemen getragen habe und bei der der Radfahrerpatrouille des Reichsbanners gewesen sei.

Das Gericht erachtet die Beweisführung der Verteidigung, daß der Angeklagte nicht für die Beschuldigung in Frage kommt, als gelungen.

Daß die Zeugin, die Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist, unter ihrem Eid mit Bestimmtheit den Genossen Mauerhoff beschuldigt, ist ein neuer Beweis dafür, wie in diesen Kreisen die angebliche Heiligkeit des Eides aufgefaßt wird. Der Jungstahlhelmer Hartung schildert den Zwischenfall in ähnlicher Weise, nur daß er im Gegensatz zu Frickriede wiederum einen anderen Reichsbannermann als „Täter“ bezeichnet.

Von der Verteidigung in die Enge getrieben, muß auch dieser Zeuge seine ausdrücklich durch Eid bekräftigte Aussage dahingehend korrigieren, daß er seine Beschuldigung nicht mehr mit Bestimmtheit aufrecht erhalten kann. Der beschuldigte Reichsbannermann glaubt

in der Anschuldigung einen Racheakt des Hartung

erblicken zu müssen, da er den Stahlhelmer in einer früheren Versammlung als Störenfried an die frische Luft befördert habe. Außerordentlich bezeichnend für die Einstellung des Gerichts ist die Tatsache, daß, nachdem die Eidesfähigkeit unserer Genossen bezweifelt wurde, soweit sie als Zeugen auftraten, am heutigen Tage die Frau und die Tochter eines angeklagten Nationalsozialisten bedenkenlos verurteilt wurden, mit der Motivierung, daß das Zeugnis dieser Zeuginnen sich angeblich nicht auf den Vorfal beziehe, der zur Anklage gegen ihre Angehörigen geführt habe.

Wir stellen also noch einmal fest, daß für die Verteidigung von Zeugen in diesem Prozeß maßgebend zu sein scheint, welcher politischen Richtung die Zeugen angehören. Das tollste des ganzen Prozeßverlaufes beginnt nach einer kurzen Sitzungspause.

Die Zeugin Bruns, Frau des angeklagten Nationalsozialisten Bruns, meldet sich erneut zur Aussage und greift die Beschuldigung Mauerhoffs durch ihre Tochter, nachdem das Gericht der ersten Beschuldigung keine Bedeutung beigelegt hat, erneut auf. Hier hat offenkundig eine gegenseitige Verständigung in der Pause stattgefunden.

Der Verteidiger der Schutzbündler, Rechtsanwalt Staat-Müller, stellte sofort Beweisangebote dafür, daß Mauerhoff sich gar nicht an der in Frage kommenden Stelle befunden haben kann. Die Beweisaufnahme ist mit dieser Vernehmung geschlossen. Am heutigen Nachmittag wird der Oberstaatsanwalt sein Plädoyer beginnen.

Die Plädoyers der Verteidiger werden am Montag gehalten werden.

Aus der Vorgeschichte der Notverordnung

Es sollen hier nur einige wenig beachtete, aber überaus charakteristische Zeitungsnotizen herausgestellt werden, die auf die augenblickliche Kräfteverteilung Schlaglichter werfen:

I. Brüning: Kirche oder Stahl?

In der vorletzten Novemberwoche veröffentlichten die Geistlichen des Ruhrgebiets eine Entschliessung zur Lohnfrage; dort wird festgestellt, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch die vorhergegangenen Lohnherabsetzungen, Feierschichten und Stilllegungen bereits jetzt eine kaum mehr tragbare Verschlechterung erfahren habe.

Brüning stand also vor der Frage: Ist er ein treuer Sohn der Kirche oder ein bloßer Exponent der Schwerindustrie. Die Antwort gab er am 8. Dezember.

In derselben Entschliessung hieß es:

„Getragen von dem Bewußtsein der Verantwortung, warne sie (die Geistlichkeit) jedoch unter Hinweis auf die wachsende Radikalisierung der Bevölkerung...“

In diesem Punkte vertraut Brüning wohl mehr Herrn Groener als der Geistlichkeit. (Ob die SPD endlich etwas merkt?)

II. Stegerwald im Kittel und im Gehrock

Am 27. 11. tagsüber (im Gehrock): „Berliner Tageblatt“ vom 29. 11. unter der Überschrift: „Die Not der Eisen- und Stahlwarenindustrie. — Regierung verspricht Hilfe.“

„Der Reichsarbeitsminister betonte besonders auch, daß er mit der Industrie darin einig gehe, daß eine fühbare Senkung der Selbstkosten Voraussetzung für das Wiederaufleben einer normalen Wirtschaft sein müsse.“ Die Regierung „... stehe ihrerseits nicht nur mit Wohlwollen, sondern auch mit dem Willen, tatkräftige Hilfe zu leisten, zur Verfügung.“ Sie „steht zur Verfügung“, das steht wörtlich im „B.T.“

Am Abend des gleichen Tages stand Stegerwald den Zentrumsarbeitern zur Verfügung. Da allerdings nur als Redner. Er führte (laut „B.T.“, 28. 11., Abendausgabe) aus, der staatliche Lohnschutz könne nicht verweigert wer-

den, „er muß aber verstärkt auf die Realitäten und das Leistungsvermögen einer kranken Wirtschaft Rücksicht nehmen. — Die gesetzliche Sozialversicherung kann ... nicht über die gewaltige Krisis der Gegenwart und der nächsten Jahre hinweggerettet werden.“

„Die gewaltige Krisis der Gegenwart und der nächsten Jahre.“ — Und die SPD wartet doch schon so sehnsüchtig auf die neue Konjunktur (die alte hat Stegerwald in derselben Rede als „Scheinblüte“ bezeichnet (O. Tarnow!), damit sie wieder „kämpfen“ kann!

III. Die Gewerkschaften

Christliches, allchristliches: „Appell der christlichen Gewerkschaften an den Kanzler“, laut Bericht des „B.T.“ vom 28. 11., Morgenausgabe:

„Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie an den sozialen Grundrechten der Arbeitnehmer nicht rütteln läßt.“

Ungarn pleite

Es will Auslandsmoratorium besatzgen.

Budapest, 19. Dezember.

Für die nächste Woche ist, wie „Est“ erfährt, die Verkündung eines ungarischen Auslandsmoratoriums zu erwarten. Dieses werde in einer teilweisen Herabsetzung der an das Ausland zu leistenden Zinsschulden und einer etwaigen Verschiebung der Fälligkeit bestehen.

Brünings Schule

Helsingfors, 19. Dezember

Das Parlament hat heute mit 141 gegen 29 Stimmen den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf angenommen, den die Regierung für die nächsten drei Monate außerordentliche Vollmachten überträgt.

Immer noch höher!

Zusatzzoll in England.

London, 19. Dezember

Daily Telegraph erfährt von maßgebender Seite, daß die neue 60prozentige Abgabe, die auf Grund der Antidumping-Verordnungen einge-

„Indem wir nochmals . . . die Bereitwilligkeit hervorheben, auch unsererseits Opfer zu bringen . . . nach bestem Können an der Behebung der Schwierigkeiten mitzuarbeiten...“

Allerchristliches ist von den, wie heißen sie?, „Freien“ Gewerkschaften zu melden. „B.T.“, 26. 11., Morgenausgabe: „... auf das großartige Angebot der Gewerkschaften, die, um eine Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften zu erreichen, eine Lohnsenkung der noch vollbeschäftigten Arbeiter um 16 Prozent — bei einem allgemeinen Uebergang zur 40-Stunden-Woche — als möglich bezeichnet, ist man leider nicht eingegangen.“

Doch, man ist darauf eingegangen, und hat gerade die als möglich bezeichnete Lohnsenkung verordnet . . . allerdings ohne die Arbeitszeitkürzung. Da aber die SPD bei Regenwetter und in der Krise nicht kämpfen kann . . . läßt sie Brüning schalten und walten und — malt sich im Stillen ein noch größeres Uebel aus.

führt wird, nicht etwa an Stelle von Abgaben, die bereits auf den betreffenden Einfuhrartikel gelegt waren, treten soll, sondern zu ihnen hinzutreten wird. Für Artikel, die beispielsweise bisher 50 Prozent Einfuhrabgabe zu zahlen hatten, soll daher jetzt eine 100prozentige Abgabe erhoben werden.

Der neue Kurs gegen Indien

Hinrichtung über Hinrichtung

Rangoon, 18. Dezember

Gegen sieben Auführer ist heute hier das Todesurteil gefällt worden. Es wird morgen im Gefängnis von Tharawady vollstreckt werden. Bisher sind acht Auführer, unter ihnen der Führer Sayasan, im Zusammenhang mit dem Aufstand in Burma hingerichtet worden.

Chinas neuer Präsident

Paris, 16. Dezember.

Wie die Agentur Indo-Pacifique aus Schanghai berichtet, hat Li Sen durch Rundtelegramm mitgeteilt, daß er die Präsidentschaft der nationalchinesischen Regierung übernommen habe.

Der Bankrott der Borsigwerke

Mit der Insolvenz-Erklärung der Borsig G. m. b. H. in Tegel hat einer der größten und ältesten Industrieriesen Deutschlands seine Waffen gestreckt. Der Niedergang dieses Werkes bedeutet mehr als der Niedergang einer Firma. Wie nur wenig andere Unternehmen der Industrie verkörpert die Borsig G. m. b. H. ein Stück deutscher Industriegeschichte und teilt mit dem kapitalistischen Deutschland seinen Auf- und Abstieg. Der Start des Unternehmens war gleichbedeutend mit dem ersten Flügelschlag der deutschen Industrie und des deutschen Kapitalismus überhaupt. Als der alte August Borsig, ein einfacher Schlosser, im Jahre 1837 am Oranienburger Tor in Berlin den ersten Grundstein zu dem heutigen Werk legte, war der Maschinenbau in Deutschland noch kaum bekannt und mögen viele den Kopf über ein derartiges Wagnis geschüttelt haben. Vollends der Lokomotivbau, dem Borsig sich vornehmlich zuwandte, erschien in jenen Jahren noch vollkommen aussichtslos. Hier beherrschten die Engländer unbestritten den Markt und ihr Vorsprung schien ihnen diese Vorherrschaft auch auf absehbare Zeit hinaus zu sichern. Doch Borsig wußte, was er tat. Er sah die kommende gewaltige industrielle Entwicklung mit klarem Auge voraus und erkannte vor allem, welche Bedeutung hierbei den Eisenbahnen zufallen würde.

Die ersten Schritte

Die Entwicklung hat den alten Borsig auch nicht getäuscht. Von Jahr zu Jahr nahm die Zahl der Schornsteine in Deutschland zu und wandelte sich das Gesicht des Landes. Bald durchzogen riesige Schienenstränge das Land und schon im Juli 1854 — wenige Tage vor dem Tode Borsigs — hatte die 500. Lokomotive das inzwischen schon zu einem stattlichen Werk gewordene Unternehmen verlassen.

Indessen waren dies alles nur die allerersten Schritte auf dem großen Siegesmarsch des Werkes. Die eigentliche industrielle Entfaltung stand Deutschland damals erst noch bevor. Das Reich war noch nicht geschmiedet. Erst die Kriege von 1864, 1866 und vor allem von 1870/71 ließen es aus Blut und Eisen entstehen und in die Reihe der Weltmächte eintreten. Von nun an nahm auch der Aufstieg der Borsig-Werke ein überstürzendes Tempo an. Die französischen Milliarden ergossen sich über die deutsche Industrie wie ein warmer Regen über gestreute, fruchtbare Saat. Deutschland erlebte seine große industrielle Revolution. Doch nicht nur dies: Sehr bald schon meldete die soeben erst den Klauen der englischen Konkurrenz entschlüpfte deutsche Industrie ihre Ansprüche auch auf dem Weltmarkt an. Es begann für Deutschland jene imperialistische Ära, deren Höhepunkt das von der Deutschen Bank finanzierte Projekt der Berlin-Bagdad-Bahn bildete. Damit war der Anstoß zu jener großen Auseinandersetzung gegeben, die in den Jahren 1914 bis 1918 auf den Schlachtfeldern Europas ausgetragen wurde.

Nach dem Weltkrieg

Die Geschichte ist oft von unerhittlicher Logik. Die Entscheidung im Weltkrieg fiel anders, als seine Propagandisten in Deutschland erwartet hatten. Die deutschen Truppen kehrten nicht als Sieger, sondern als Geschlagene heim, womit auch der Traum von der deutschen Weltherrschaft zu Ende geträumt war. Nicht die Welt kapitulierte vor Deutschland, sondern Deutschland vor der Welt, und wenn jetzt auch die Borsig-Werke sich als zahlungsunfähig erklären müssen, so ist dies nur ein besonders in die Augen springender Akt dieses gewaltigen Dramas.

Eigentlich war die Entscheidung schon im Jahre 1918 gefallen. Eine Macht gibt sich aber nicht preis, ohne alle verzweifeltsten Anstrengungen zu ihrer Behauptung gemacht zu haben. Und der deutsche Kapitalismus am allerwenigsten. Vom Ausgang des Weltkrieges entschloß sich, begann er sich vielmehr noch einmal mit neuer Kraft und Energie zu regen. In der Entfaltung seiner militärischen Rüstungen durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages beengt, stürzte er sich mit um so größerer Energie auf die Erneuerung und Ausweitung seiner wirtschaftlichen Rüstung. Die Generaldirektoren sollten ihm wiederbringen, was die deutschen Generalfeldmarschälle verloren hatten. Wieder ging eine Welle des Aufschwungs durch Deutschland. In der Industrie wurde gebaut, erneuert und erweitert, so fieberhaft, wie es auch im Zeitalter der industriellen Revolution nicht erlebt worden war. Dem Unterfangen schien auch der sichere Erfolg beschieden zu sein. Bald stand Deutschlands industrieller Produktionsapparat an der vordersten Spitze aller Länder, das „Wunderland“ der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht ausgenommen. Schon war die köstliche Ernte auch zum Greifen nahe, als ein Frost sie jäh schüttelte. Die Weltkrise warf ihre kalten Schatten über die Welt und zerstörte im Verlaufe einiger Monate, was in einem Jahrzehnt unerhörter Kraftanstrengungen gebaut worden war.

„Ohne eine Spur des Alters“

Auch die Entwicklung der Borsigschen Werke ist nur eine Widerspiegelung dieses geschichtlichen Ablaufs. Wie überall hatten sich auch dort alle Hände geregelt, um nicht

nur die Scharten des Weltkrieges auszuweizen, sondern darüber hinaus dem Werk erneut die führende Stellung im Reiche der großen Industrie-Herzogtümer Deutschlands zu sichern. Ein erst vor wenigen Jahren errichtetes Hochhausbüroturm setzte diesem Werk des Umbaus äußerlich die Krone auf. Und als im Jahre 1927 das Werk sein neunzigjähriges Bestehen feierte, konnte ein führendes deutsches Handelsblatt, die „Deutsche Post“ eine Zeitung, noch mit Recht im Ueberschwang des Stolzes schreiben: „So wird der neunzigjährige Jubilar zwar nicht vollbeschäftigt vor die Augen treten, aber ohne irgendeine Spur des Alters, fähig und bereit, mit neuen Methoden an neuen Aufgaben an dem Wiederaufblühen der deutschen Wirtschaft zu arbeiten.“

Heute klingt es aus den Spalten desselben Blattes wesentlich anders. Außerstande oder — was schlimmer ist — nicht willens, die wirklichen Ursachen des Niedergangs der Firma zu erklären, sucht es die Schuld im Ausland und bringt diesen in einen schnurgeraden Zusammenhang mit den Reparationen und erklärt mit erstaunlicher Kühnheit: „Ein Großer der Industrie muß die Segel streichen vor der Last, die letzten Endes durch das Versailler Diktat auf unser Volk allgemein und seine Industrie im besonderen gelegt wurde.“ Nun, diese Lasten bestanden auch schon vor 1927. Sie waren sogar noch höher, als sie nun im Youngplan fixiert sind, und wenn damals an den Borsig-Werken keine Spur des Alters entdeckt wurde und — wie ebenfalls in dem Artikel vermerkt wird — die Besitzer selbst die Entwicklung immer noch so günstig beurteilen zu dürfen glaubten, „daß sie in einem Hochhausbüroturm nicht nur der Stadt Berlin ein interessantes Wahrzeichen, sondern sich selbst eine arbeitssparende, konzentrierte Büroorganisation neu schufen“, so kann doch wohl an der jetzigen Erklärung dieses Blattes

Die Borsig G. m. b. H. in Tegel, die jetzt ihre Zahlungen eingestellt hat, ist das größte Unternehmen des Borsig-Konzerns, für die die offene Handelsgesellschaft Borsig (Inh. Ernst und Conrad Borsig) die Dachgesellschaft bildet. Diese kontrolliert außerdem u. a. 17,5 Mill. M. Aktien der Borsigwerk A. G. in Oberschlesien, sowie 40 Prozent der Anteile der Borsig-Lokomotivwerke G. m. b. H. Die übrigen Anteile dieses Unternehmens sind in Händen der AEG, die, wie das Berliner Tageblatt andeutet, Borsig seinerzeit als Gegengabe für die Preisgabe der dem Tegelschen Werke gehörigen Lokomotivquote u. a. auch einen Kredit eingeräumt haben, der durch die erfolgte Zahlungseinstellung möglicherweise ebenfalls betroffen wird. Würde sich dies bestätigen, dann erlitt die AEG, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet ist, einen neuen schweren Schlag. Außerdem rangieren unter den Gläubigern der Borsig G. m. b. H. ver-

Lohnabbau auch für Buchdrucker

Zwischen den Tarifparteien des Buchdruckgewerbes ist gestern vereinbart worden, den bis zum 30. November 1931 in Geltung gewesenen Lohnsatz unverändert bis 31. Dezember 1931 zu verlängern. Mit Wirkung ab 1. Januar 1932 wird auf Grund der vierten Notverordnung der Spitzenlohn auf den am 10. Januar 1927 tarifvertraglich in Geltung gewesenen Satz von 48 Reichsmark festgesetzt. Die sich aus dieser Festsetzung des Spitzenlohnes für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Unterschiedsbeträge kommen auch dann in Abzug, wenn ein über dem Tariflohn liegender Gesamtlohn vereinbart ist.

Arbeiterrückfahrkarten bei der Reichsbahn

Arbeiterrückfahrkarten gelten für die Zeit vom 19. Dezember 1931 bis zum 4. Januar 1932 auf jede Entfernung. Es wird also die Beschränkung auf 250 km, die bisher bestand, aufgehoben. Dadurch soll es bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Arbeitern, Angestellten und Beamten möglich gemacht werden, diese auf 50 Prozent verbilligten Fahrkarten auch bei größeren Entfernungen während der Weihnachtszeit zu benutzen. Umal neuerdings auch die Schnell- und Eilzüge den Inhabern von Arbeiterrückfahrkarten für Reisen auf größere Entfernungen freigegeben sind. Die Arbeiterrückfahrkarte gelten für solche Arbeiter, Angestellte und Beamte, die außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind. Für die Lösung einer Arbeiterrückfahrkarte ist die Bescheinigung des Arbeitgebers über die Arbeitsstelle und der Polizeibehörde über den ständigen Wohnort erforderlich.

über die Ursachen des Niedergangs etwas nicht stimmen.

Trommler des Nationalismus

Doch das Blatt ist unvorsichtig genug, mit eigener Hand den Schleier von den Absichten zu ziehen, die es mit dieser Darstellung verfolgt. Ihm liegt einmal daran, nicht nur das stark lädierte Renommee der Borsig-Herren vor der deutschen Öffentlichkeit, vor allzu starkem Sinken im Kurse zu bewahren, sondern gleichzeitig auch die nationalen Stimmungen aufzupeitschen. Es genügt zum Beweise, nur diese Sätze zu lesen:

„Es war wohl kein unmittelbarer Akt eines Gegners, wie wir ihn wohl in den letzten Monaten an anderer Stelle erlebten, der in sadistischen Machtgelüsten die Besten eines verhaßten Feindes tückisch am Lebensnerv packt, — dafür liegen keine schlüssigen Beweise vor. Aber sicher ist, daß die von Versailles ausgehende Politik der planmäßigen Vernichtung unserer industriellen Stärke auch dieses Opfer ergriff. Wenn letzten Endes die Pfundverluste des Unternehmens jetzt mit den Ausschlag gaben, so sind ja auch dafür die letzten Ursachen in Paris zu suchen.“

Betrogene Sparer

Der Nationalismus versteht es eben, aus jeder Blüte Honig zu saugen, und so erregt es weiter kein Staunen, daß auch der Fall Borsig diesem Zwecke dienstbar gemacht wird. Ebenso wenig aber auch, daß der „Vorwärts“ ebenfalls in dieser Front des Nationalismus marschiert und in fast einheitlicher Uebereinstimmung mit dem zitierten rechtsbürgerlichen Blatt schreibt: „So wird die Zahlungseinstellung der Borsigwerke im Auslande wie ein neues Panal für den schweren Fall wirken, den Deutschland durch den Verlust des Weltkrieges und durch der Unfüg seiner Beendigung durch drückende Reparationen erlitten hat.“ Kein Wort von

dem Unfug der Rationalisierung und der abenteuerliche grenzenlosen Expansion, die letzten Endes doch allein, wie überhaupt allen Industrieriesen, so auch den Borsigwerken das Genick gebrochen haben, wie auch kein Wort darüber, daß sich an Borsig nur das Schicksal vollzieht, das dem Kapitalismus ebenso unentrinnbar beschieden ist, wie das tragische Ende den Helden in den griechischen Dramen. Ebenso wenig natürlich ein Wort darüber, daß die Industriekolosse des Auslands, die keine Reparationen tragen, sondern in deren Genuß stehen, ebenfalls längst ins Wanken geraten sind; und schließlich auch kein Wort über den Skandal, daß dieser „Stolz von Berlin“ es mit seinen Geschäftspraktiken zu vereinbaren wußte, auch die Werksparkasse mit 2,6 Millionen Mark Einlagen, den mühseligen Ersparnissen von 1400 Arbeitern und Angestellten, in dem Betrieb zu verwirtschaften. Und doch besagt diese eine Tatsache mehr als in Dutzenden von Artikeln zum Ausdruck gebracht werden kann. Sie illustriert treffend und eindringlich, was Borsig, dieser „Zeit polterndste Scharfmacher, unter der von ihm stets mit besonderer Betriebsamkeit propagierten „Arbeitsgemeinschaft“ verstand: die sorglose und unbekümmerte Ausplünderung der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Nicht minder belegt sie den ganzen Charakter der Werksparkassen. Nicht nur, daß sie den Herren Betriebskapital für ihre Expansionen und die gesteigerte Ausbeutung der Belegschaft liefern, enthüllt der Fall Borsig zugleich die ganze Unsicherheit dieser Spareinrichtungen.

Und noch ein anderes rückt dieser Vorfall ins Licht: den ganzen Schimpf, mit dem ein zusammenbrechendes System sich belädt. Denn wie Borsig die Sparer seines eigenen Werkes prellte, so steht der ganze Kapitalismus in dieser Stunde im Begriff, wie am Eigentum und an allen Rechten, sich auch an den nackten Existenzbedingungen der Arbeiterklasse zu vergehen und diese in seinem Niedergang in den Abgrund mitzureißen.

Borsig-Pleite zieht Kreise

schiedene Großbanken, unter denen die Deutsche und Diskonto-Bank am meisten betroffen werden dürfte. Auch die Reichskredit-Gesellschaft und die Berliner Stadtbank werden sich auf Verluste gefaßt machen müssen. Unter den Lieferanten dürfte in erster Linie der Röhrenverband mit größeren Forderungen rangieren, so daß die Borsig-Pleite ihre Kreise vermutlich auch nach dem Westen Deutschlands ziehen dürfte. Jedenfalls bedeutet die Zahlungseinstellung Borsigs einen neuen schweren Krisen-Auftrieb für Deutschland. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Entwicklung auf dem Kapital- und Kreditmarkt, auf dem unbedingt mit einer weiteren Schrumpfung zu rechnen ist.

In der letzten Zeit war das Borsigwerk in Tegel vornehmlich mit der Ausführung von Russen-Aufträgen beschäftigt. Denn ein so verschworener Bolschewistenfresser Ernst von

Borsig als Chef der Firma auch immer war — wenn Profite winkten, dann reichte Borsig wie jeder echte Kapitalist seine Hand auch dem Bolschewismus, zumal dann, wenn der deutsche Staat, d. h. praktisch der Steuerzahler das Risiko durch Übernahme hoher Ausfallbürgschaften für solche Aufträge weitestgehend verminderte. Seit der Preisgabe des Lokomotivbaues beschäftigte sich das Tegeler Werk in der Hauptsache mit der Herstellung von Stickstoff- und Oelcrackanlagen, Kältemaschinen, Kessel- und Kompressorenbau und der Fabrikation von Dampfmaschinen. Die übrigen Werke des Borsigkonzerns haben eine Zahlungseinstellung nicht beschlossen, doch ist es selbstverständlich, daß ihre finanzielle Lage nicht unbeeinflusst bleibt. So ist die Vereinigung deutscher Pumpenfabriken Borsig-Hall in Berlin bereits ebenfalls zur Zahlungseinstellung gezwungen worden.

Wirtschafts-Zusammenschluß in Südamerika

London, 1. Dezember.

In Montevideo wurde am Mittwoch eine Wirtschaftstagung eröffnet, auf der Uruguay, Brasilien und Argentinien vertreten sind. Der Präsident von Uruguay, Terra, drückte die Hoffnung aus, daß es den drei Nationen gelingen werde, eine einzige wirtschaftliche Einheit zu bilden, so daß Wettbewerb und wirtschaftliche Eifersichteilen in Zukunft vermieden würden und damit der Weg zu einer neuen Wohlfahrt eröffnet werde. Die Verhandlungen werden sich zunächst auf gemeinsame Fragen der Erzeugung und der Vermarktung erstrecken; man hofft, hierbei das Monopol der Fleischausfuhrfirmen zu brechen. Zolltarife stehen ebenfalls zur Erörterung, wobei man Verträge auf der Grundlage der gegenseitigen Meistbegünstigung im Auge hat. Endlich hoffen die drei Länder, die als Schuldnerländer besonders gemeinsame Interessen haben und dauernd neuen Schwierigkeiten bei Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüberstehen, einen Weg zu gemeinschaftlichem Handeln in dieser wichtigen Frage zu finden.

Streik in den Lodzer Monopolfabriken

Warschau, 17. Dezember.

Die Arbeiter in den staatlichen Spiritus- und Tabak-Monopolfabriken in Lodz sind am Mittwoch in den Streik getreten. Die Werkleitungen hatten die Forderung der Arbeiter, mit Rücksicht auf die wachsende Not eine einmalige Unterstützung in Höhe eines zehntägigen Verdienstes zu zahlen und die volle Arbeitswoche beizubehalten, abgelehnt.

Keine Betriebsrätewahlen

Der neueste Dreh

Im zweiten Kapitel des sechsten Teils der Notverordnung hat sich die Regierung selbst die Ermächtigung gegeben, die Betriebsrätewahlen auf ein Jahr suspendieren zu können. Von dieser Ermächtigung macht sie soeben durch eine im Reichsgesetzblatt erschienene Verordnung über den Ausfall der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 Gebrauch.

Danach bleiben, falls nicht zwischen dem 9. und 31. 12. 31 Wahlen angesetzt sind und daher noch stattfinden, die bisherigen Betriebsräte um ein Jahr länger im Amt.

Warum eine solche Bestimmung? Die Antwort ist nicht schwer! Es besteht gar kein Zweifel, daß bei neuen Betriebsrätewahlen, wie unsere Erfolge in den letzten

Wochen ja eindeutig bewiesen haben, eine starke Radikalisierung der Betriebsräte erfolgen würde, daß die Tolerierungsbasis auch innerhalb der freien Gewerkschaften sehr viel schmaler werden würde. Dem will die Brüning-Tarnow-Diktatur vorbeugen. Unter allen Umständen will man eine offene revolutionäre Meinungsbildung in den Betrieben verhindern. Daher auch dieser Eingriff in das Recht der Arbeiterschaft. Was nun von den Betriebsräten übrig bleibt, weicht nicht mehr stark von der faschistisch-syndikalen Einstellung der Korporationen ab; nächstens wird auch die Ernennung der Betriebsvertreter wie in Mussolinien von oben her erfolgen. Kalte Faschisierung nennt man das auf deutsch.